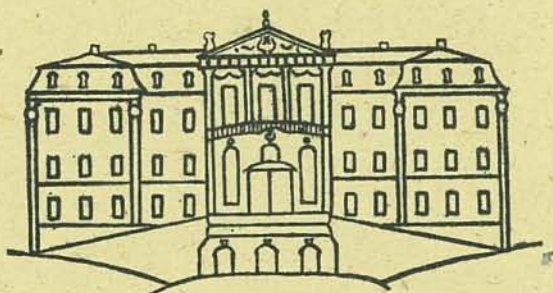


Wolfgang Heyl

CDU im Bündnis

Zu einigen Aspekten des Wachstums und
der Bedeutung der Bündnispolitik



Wolfgang Heyl

CDU im Bündnis

Zu einigen Aspekten des Wachstums und
der Bedeutung der Bündnispolitik

1985

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Um Bündnispolitik in der DDR geht es in diesen Zeilen, um den Anteil der CDU daran, um das Werden und um die Zukunftsträchtigkeit dieser Politik, die ein Element der politischen Organisation des Sozialismus ist.

Unsere CDU hat ihren festen Platz im Bündnis der demokratischen Parteien und Massenorganisationen der DDR. Freundschaftlich und vertrauensvoll arbeitet sie mit ihnen zusammen. In dieser Zusammenarbeit hat sie die antifaschistisch-demokratische Umwälzung mitgetragen, hat sie die DDR und ihre sozialistische Gesellschaft miterbaut und ausgestaltet, bildet und verantwortet sie die Staatspolitik mit. „Die schöpferische Mitarbeit der christlichen Demokraten ist ein Wesensmerkmal sozialistischer Demokratie im deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat“, erklärte Parteivorsitzender Gerald Götting in seiner Festansprache zum 40. Jahrestag der CDU.

Man könnte auf dem Standpunkt stehen, es sei unnütz, über unsere Auffassung zum Bündnis zu schreiben, da es sich ja um eine in unserem Lande längst bewährte Praxis handelt. In der Tat, dies ist etwas Selbstverständliches geworden. Als etwas für uns und die gesamte Gesellschaft Unverzichtbares wollen wir das Bündnis aller demokratischen Kräfte nicht nur bewahren, sondern weiterentwickeln und weitergeben. So ist es sicherlich zweckmäßig, daran zu erinnern, wie das Bündnis aller werktätigen Klassen und Schichten, aller demokratischen Parteien und Massenorganisationen zustande kam, wie es ausgebaut wurde, auf welchem Fundament es ruht und weshalb es auch in Zukunft unser politisches Handeln bestimmen wird. Wer die Geschichte der Entstehung und der Entwicklung unseres Bündnisses kennt, der ist sich auch des Wertes dieser Errungenschaft unserer „neuen Demokratie“ besser bewußt, kann sie besser verstehen und einordnen.

Es war zunächst die Beherzigung der Erfahrungen, die progressiv denkende Christen aus der Geschichte, zumal aus der damals jüngsten Zeit, gezogen hatten, die uns christliche Demokraten vor dem Fehler bewahrte, unseren Weg allein gehen zu wollen. Wer vor 1933 bereits politisch tätig gewesen war, hatte mit Schrecken erfahren müssen, wohin die Zerstrittenheit der demokratischen Parteien seinerzeit geführt hatte, war sie doch einer der Faktoren, die dem Faschismus die Errichtung seiner Diktatur überhaupt erst ermöglicht, zumindest aber erleichtert hatten.

Und wer als damals junger Mensch eben den Schrecken des Krieges entronnen war, suchte nach Mitteln und Wegen, um seinen Willen zum Neubeginn mit dem anderer zu verbinden, wobei angesichts der Trümmer, die es zu beseitigen galt, die Frage nach weltanschaulicher oder glaubensmäßiger Orientierung zweitrangig war. Es war eine Erkenntnis von fundamentalem Wert, daß es galt, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen.

Dieses Bestreben konnte aufbauen auf dem Fundament, das friedliebende und demokratische Kräfte im Widerstand gegen den Faschismus in Deutschland gelegt hatten. Christliche Verantwortung hatte schon in der Zeit der Weimarer Republik Persönlichkeiten vom linken Flügel der katholischen Zentrumspartei wie den früheren Reichskanzler Dr. Joseph Wirth, religiöse Sozialisten wie den Pfarrer Emil Fuchs (nach 1945 Theologieprofessor und Ehrenmitglied unserer Partei), demokratische Politiker wie Otto Nuschke (Mitbegründer unserer CDU und ihr Vorsitzender von 1948 bis zu seinem Tode 1957) und viele andere veranlaßt, ihr Wirken für den Frieden und für den Nächsten mit denen zu vereinen, die aus weltanschaulich anderen Positionen für Frieden und soziale Gerechtigkeit eintraten.

Es waren, um nur einige zu nennen, evangelische Theologen wie Dietrich Bonhoeffer, Paul Richter, Erich Sack und Werner Sylten, katholische Priester wie Max Josef Metzger, Bernhard Lichtenberg und Alfred Delp, die um ihres Gewissens willen der faschistischen Gewaltherrschaft widerstanden und ihre Haltung mit dem Leben bezahlt hatten. Das gleiche gilt für so beherzte Christen wie etwa die Juristen und Staatswissenschaftler im kirchlichen Dienst Friedrich Weißler, Friedrich Justus Perels und Hermann Stöhr, für den Volksmissionar Ernst Kasenzer und die Sozialhelferin Elisabeth von Thadden auf evangelischer

Seite sowie für die katholischen Studenten Hans und Sophie Scholl mit ihren Freunden, den Juristen Rudolf Mandrella oder die Schriftstellerin Maria Grollmüller. Zusammen mit Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Humanisten sind sie alle um ihres Gewissens willen in den Tod gegangen. Das gemeinsame Leiden und Sterben des Kommunisten Ernst Thälmann, des Sozialdemokraten Rudolf Breitscheid und des Pfarrers Paul Schneider im Konzentrationslager Buchenwald ist dafür von bleibender Symbolkraft.

Andere haben bis 1945 schwere Jahre der Haft in Zuchthäusern und Konzentrationslagern erlitten, ständig vom Tode bedroht wie die Sozialfürsorgerin Hildegard Staehle, die dann zu den Unterzeichnern des Gründungsauftrages unserer CDU gehörte, wie der evangelische Pfarrer Paul Braune, nachmals ebenfalls Mitglied unserer Partei, wie seine Amtsbrüder Martin Niemöller, Heinrich Grüber und Werner Koch, wie der Kaplan Joseph Rossaint.

Hitlergegner im militärischen Bereich, so die gläubigen Christen Claus Graf Schenk von Stauffenberg und Helmuth James Graf von Moltke hatten mit ihren Mitkämpfern in der Bewegung vom 20. Juli 1944 den Versuch gewagt, dem Faschismus von ihrer Position aus ein Ende zu machen.

Im „Nationalkomitee Freies Deutschland“ (NKFD) vereinten sich in der Sowjetunion kriegsgefangene deutsche Soldaten sowie Militärgeistliche beider Konfessionen mit vom Faschismus verfolgten Arbeiterführern zum Kampf gegen die faschistische Diktatur. Der damalige Oberst Luitpold Steidle, später einer der führenden Politiker der CDU, gehörte zu ihnen wie der evangelische Pfarrer D. Friedrich Wilhelm Krummacher und der katholische Militärgeistliche Josef Kayser.

Unter Einsatz ihres Lebens hatten Männer wie der spätere Prälat und Mitbegründer der CDU in Stralsund, Friedrich Radek, Superintendent Herbert Böhme in Meißen, ebenfalls seit 1945 Mitglied unserer Partei, und das nachmalige langjährige Bezirksvorstandsmitglied der CDU Potsdam, der Hochschullehrer Heinrich Gehlen in Halle, in den letzten Kriegstagen dafür gesorgt, daß ihre Städte kampfflos übergeben wurden und dadurch vor Zerstörungen weitgehend bewahrt blieben.

Was der spätere Greifswalder Bischof D. Friedrich Wilhelm Krummacher über den Geist des NKFD, jener „deutschen Antihitlerkoalition“ schrieb, kann auch für alle anderen For-

men und Zusammenschlüsse des antifaschistischen Widerstandes gelten: „Der gleiche Kampf... schmiedet alle Schichten zusammen: Die Freidenker mit den Christen – die Konservativen mit den Sozialisten. Es findet ein zwar schmerzhafter, aber um so tiefgreifender Prozeß des Umlernens im deutschen Volke statt. Der Bürger sieht ein, daß der Kommunist, der vor Hitler warnte, kein ‚vaterlandsloser Geselle‘ war, sondern ein Patriot mit heißem deutschem Herzen... Dann wächst aus dem Leid und Kampf von heute in einem neuen kommenden Deutschland die wahre nationale Einheit des Volkes.“

Aus all diesen Quellen, aus den bitteren Erfahrungen des Leidens und Sterbens von Christen während der faschistischen Herrschaft, aus dem trotz aller Not beglückenden Erlebnis der Gemeinsamkeit im antifaschistischen Widerstand ist eine wichtige und entscheidende Traditionslinie unserer CDU hervorgegangen, eine Linie, auf der sie von antifaschistischer Grundhaltung her das Bündnis aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte mitgestaltete.

Vor 1945 waren es jedoch nur verhältnismäßig wenige Männer und Frauen gewesen, die sich um ihres christlichen Gewissens willen gegen den Faschismus wandten. Doch angesichts der materiellen und geistigen Trümmer von Hitlerherrschaft und Krieg waren viele Christen zur Besinnung gekommen. Trotz manchen anfänglichen Abwartens und Zögerns wuchs doch die Erkenntnis, daß ein gründliches Umdenken erforderlich sei. Immer mehr Boden gewann die Einsicht, daß es nicht zwangsläufig, schicksalhaft und unausweichlich zu den Ereignissen von 1933 und 1939 hatte kommen müssen, sondern daß es in der Gemeinsamkeit aller Volkskräfte möglich gewesen wäre, diese Katastrophe zu verhindern. Folglich konnte und mußte man tun, was nötig war, um Ähnliches künftig auszuschließen.

Für eine neue Demokratie

Mehr und mehr Christen in Stadt und Land, ältere und junge, fanden im Gründungsaufwurf der CDU vom 26. Juni 1945 eine Anregung zu solchem gemeinsamen Wirken. In seinen Grundzügen war er getragen von Antifaschismus, Antimilitarismus und Antimperialismus, von tiefer Liebe zum Frieden, von Humanität und Völkerfreundschaft, vom festen Willen zur Zusammenarbeit mit allen anderen demokratischen Kräften. So hieß es in diesem Aufruf: „An die Stelle des Zerrbildes einer staatlichen Gemeinschaft in der Hitlerzeit

soll jetzt der wahrhaft demokratische Staat treten, der auf der Pflicht des Volkes zu Treue, Opfer und Dienst am Gemeinwohl ebenso ruht wie auf der Achtung vor dem Recht der Persönlichkeit, ihrer Ehre, Freiheit und Menschenwürde... Die Volksvertretung soll die brüderliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller die Demokratie bejahenden Parteien und aller aufbauwilligen Kräfte verwirklichen... Wir erkennen die Kraft an, die von der Arbeiterschaft in das Volksganze einströmt... Für die Beziehungen zu anderen Völkern wünschen wir die Geltung des gleichen Grundsatzes der Freiheit und Gerechtigkeit wie für unser persönliches und innerstaatliches Leben... Auf den Trümmern unserer Häuser, unserer Dörfer und Städte gedenken wir in menschlicher und christlicher Verbundenheit der gleichen Opfer der Völker um uns. Und wir geloben, alles bis zum letzten auszutilgen, was dieses ungeheure Blutopfer und dieses namenlose Elend verschuldet hat, und nichts zu unterlassen, was die Menschheit künftig vor einer solchen Katastrophe bewahrt... Voll Gottvertrauen wollen wir unseren Kindern und Enkeln eine glückliche Zukunft erschließen.“

Wir können heute sagen, daß wir in vierzig Jahren schöpferischer Arbeit dieses Vermächtnis erfüllt haben – im Bündnis mit jenen „Kräften der neuen Demokratie“ und für eine neue gesellschaftliche Ordnung des Friedens und des Volkswohls.

Als politische Partei von Christen haben wir von Anfang an und in immer steigendem Maße Gewichtiges und Unverzichtbares in das Bündnis der Parteien eingebracht. Unser Selbstverständnis, aus christlicher Verantwortung und zugleich aus demokratischer Verpflichtung zu handeln, macht sowohl das aus, was uns im Bündnis grundsätzlich von anderen Parteien unterscheidet, als auch das, was wir im Grunde mit ihnen gemeinsam haben.

Die CDU besitzt einerseits ganz spezifische, nur ihr eigene Beweggründe ihres Handelns. Motiviert von christlicher Ethik, strebt sie in ihrem politischen Wirken danach, den gesellschaftlichen Konsequenzen dieser Ethik zu entsprechen. Sie greift gesellschaftlich bedeutsame Denkanstöße der Theologie auf, ohne eine eigene Theologie entwickeln zu wollen. Ihre nun schon vier Jahrzehnte umfassende Tradition gründet auf die progressiven Traditionen christlicher Gruppierungen und Persönlichkeiten. Dabei ist sie keine „christliche Partei“ im herkömmlichen Sinne, sondern eine Partei von Christen. Ihre Mitglieder, von ihrem christlichen Glauben geprägt, sind bestrebt, im Sinne christlicher Ethik zu handeln. Zugleich wirken sie durch ihr Engagement für den Sozialismus im Sinne gesellschaftlichen Fortschritts. Ihre Gedanken, Ideen und Vor-

stellungen spiegeln sich in den Entscheidungen, Beschlüssen und Verlautbarungen der Vorstände unserer CDU und bestimmen so das Profil der Partei von der Ortsgruppe bis hin zur Zentrale. Die CDU tritt andererseits gemeinsam mit allen Bündnispartnern für den Frieden der Welt, für das Glück des Volkes und für das Wohl des Menschen in sozialer Sicherheit und Geborgenheit ein.

Diese Verbindung von Besonderem und Allgemeinem durchzieht unser gesamtes Handeln und macht sowohl unsere Spezifik wie auch unsere Bündnisfähigkeit aus. Einerseits gehen wir davon aus und treten dafür ein, daß die legitimen Interessen von Christen und Kirchen, eingeordnet in die allgemeinen Belange, ihren Platz im gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Leben finden. Unserer Mitarbeit in Staat und Gesellschaft ist es nicht zuletzt zu verdanken, daß zwischen Bürgergemeinde und Christengemeinde beiderseits fruchtbare Beziehungen entstanden sind und sich immer weiter vertieft haben. Andererseits ist es ganz natürlich, daß wir in unserer politischen Arbeit ebenfalls die Interessen von Christen als Angehörige unterschiedlicher Klassen und Schichten im Auge haben. Wenn wir auch nicht zu einer jeden sich daraus ergebenden Sachfrage ausdrücklich von christlicher Ethik her Stellung nehmen, so lassen wir uns von daher inspirieren und wissen, daß unsere Auffassung ihren Kriterien standzuhalten hat.

So hat der Beitrag unserer CDU zum Bündnis aller demokratischen Parteien, insbesondere unsere Zusammenarbeit mit der SED, ein unverwechselbares Gesicht. Unsere Bündnispartner können von der festen Gewißheit ausgehen, daß hier mit ihnen gemeinsam eine Partei von Christen am Werk ist,

- die im Geiste progressiver christlicher Traditionen — vom Urchristentum bis zum antifaschistischen Widerstand — für Frieden, soziale Sicherheit und Menschenwürde eintritt;
- die sich aus bürgerlichem Denken befreit hat, die den Kirchen half, sich der Fesseln zu entledigen, mit denen der Altar an den Thron gebunden war;
- die, vom Evangelium her motiviert, gesellschaftsgestaltende Elemente christlicher Ethik, Lehren der Geschichte und Erkenntnisse moderner Gesellschaftswissenschaft zu Leitlinien ihres Handelns gemacht hat;
- die gemeinsam mit Kommunisten, Sozialdemokraten und Liberalen den Demokratischen Block geschaffen hat;
- die entschieden die Positionen des Sozialismus vertritt, die unseren Staat der Arbeiter und Bauern mitbegründet hat, seine Politik mit entwickelt, mit verwirklicht;
- deren Mitglieder initiativreich am Werk sind, um zur Er-

füllung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik beizutragen;

- deren Mitglieder bereit und fähig sind, diesen Staat zu schützen und seine Errungenschaften gegen alle Angriffe zu verteidigen.

Durch unser Wirken haben wir bewiesen, daß christlicher Glaube Christen durchaus fähig macht, in die sozialistische Ordnung das einzubringen, was diesem Glauben an gesellschaftsgestaltender Kraft innewohnt, und sie von daher mitzugestalten. Christlicher Glaube ist also weder Relikt vergangener Zeiten noch Störfaktor für die neue Ordnung. Er ist erst recht keine Antithese zum Sozialismus.

So sehen es auch unsere marxistischen Freunde. „Was christliche Bürger aus ihrer Motivation in unser gemeinsames Werk einbringen, wird auch weiterhin unverzichtbar in dem materiellen und kulturellen Reichtum der sozialistischen Gesellschaft, in ihren geistigen Werten und ethischen Normen seinen Niederschlag finden“, erklärte Joachim Herrmann, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED, in seiner Grußansprache zu unserer Festveranstaltung anläßlich des 40. Jahrestages der CDU im Juni 1985.

So treten wir christlichen Demokraten für Positionen des Friedens, der Freundschaft zwischen Menschen und Völkern, der Brüderlichkeit, der Menschenwürde durch soziale Sicherheit gemeinsam mit der marxistischen Partei und den anderen Parteien im Bündnis ein. Diese Positionen, aus christlicher Verantwortung und in demokratischer Verpflichtung wahrgenommen, halten wir für einen wahrlich bedeutsamen Beitrag zur Ausformung der Politik des Friedens und des Humanismus, wie sie das Bündnis kennzeichnet.

Ein komplizierter Weg

Doch all das war am Beginn unseres Weges noch keineswegs so klar wie heute. Die Gründungsmitglieder der CDU, zentral wie in Stadt und Land, kamen ja nicht aus einer gemeinsamen Richtung. Vielmehr gehörten sie zum einen unterschiedlichen sozialen Klassen und Schichten an. Intellektuelle, Unternehmer, Angestellte bis hin zu Konzerndirektoren und Mittelständler — also Handwerker und Gewerbetreibende — waren darunter, Bauern und Arbeiter. Zum anderen war der Kreis der Gründer politisch ebenfalls sehr unterschiedlich zusammengesetzt. Sie kamen aus verschiedenen politischen Parteien der Weimarer Republik, aus dem Zentrum etwa oder der Deutschen Demokratischen Partei, andere wieder aus den

christlichen oder anderen Gewerkschaften (denn auch die Gewerkschaftsbewegung war ja vor 1933 keine einheitliche Kraft gewesen). Viele, vor allem die jüngeren Jahrgänge, hatten erst nach dem Krieg zu politischer Betätigung finden können.

Zwar war ihnen eine antifaschistische Grundhaltung gemeinsam, doch groß war die Vielfalt der Meinungen, Anschauungen und Interessen, der Erfahrungen und Vorstellungen. Progressive bürgerliche Kräfte betrachteten den Weg in eine Zukunft ohne Nationalismus, Militarismus und Konzernherrschaft als konsequente Abkehr vom faschistischen Deutschland und seiner Vorgeschichte. Andere versuchten, die bürgerlich-parlamentarische Welt von vor 1933 wiederzuerrichten. Und es gab auch einige, die mit Hilfe der neuen Partei einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus gehen wollten.

So war zunächst ein komplizierter und nicht immer schmerzloser Klärungsprozeß in den eigenen Reihen zu vollziehen. Entscheidend war, daß sich die Auseinandersetzung zwischen Reaktion und Fortschritt in der CDU im Grunde um zwei Fragen bewegte — um das Zusammengehen mit der Arbeiterklasse und um das Verhältnis zur Sowjetunion. Das war die entscheidende Weichenstellung. Würde es gelingen, die Partei an die Seite dieser mächtigsten Kräfte des Fortschritts zu stellen, dann wären die Chancen derer, die nach rückwärts wollten, vertan. Offen oder verdeckt ging es deshalb im Ringen um ideologische Positionen und politischen Weg unserer CDU stets um diese beiden Fragen: zum einen um das Bündnis mit der marxistisch-leninistischen Partei, um die Gemeinsamkeit von Marxisten und Christen, zum anderen um die Freundschaft zur Sowjetunion.

Der Klärungsprozeß vollzog sich keineswegs mit einem Mal. Wenngleich sich der Einfluß der vorwärtsstrebenden Kräfte immer mehr verstärkte, so bedurfte es doch — in der Zentrale wie an der Basis — ihrer immerwährenden Anstrengung, diejenigen zu überwinden, die Vergangenes und Überlebtes wieder zur Geltung bringen wollten, diejenigen zu gewinnen, die schwankend waren, und schließlich auch selber zu lernen, neue Erfahrungen zu sammeln und die eigene Position weiter zu festigen.

Bis zum endgültigen Durchbruch der fortschrittlichen Kräfte vergingen immerhin fünf Jahre. Bedeutende Wegmarken in diesem halben Jahrzehnt brachten den Klärungsprozeß immer weiter voran. Nachdem bereits sofort nach Kriegsende in vielen Selbstverwaltungsorganen in Städten und Dörfern Antifaschisten unterschiedlicher weltanschaulicher Richtungen den Neuaufbau gemeinsam begonnen hatten, kam es am 14. Juli

1945 auf Initiative des Zentralkomitees der KPD zur Gründung des Blocks.

Im Kommuniqué darüber heißt es: „Nur durch einen grundlegenden Umschwung im Leben und im Denken unseres ganzen Volkes, nur durch Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist es möglich, die Nation zu retten. Die Vertreter der vier Parteien beschließen, unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit, die Bildung einer festen Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, um mit vereinter Kraft die großen Aufgaben zu lösen.“ Zu den Hauptaufgaben der Blockarbeit zählten: „Zusammenarbeit im Kampf zur Säuberung Deutschlands von den Überresten des Hitlerismus und für den Aufbau des Landes auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage, Kampf gegen das Gift der Naziideologie wie gegen alle imperialistisch-militaristischen Gedankengänge, Sicherung der Freiheit des Geistes sowie der Achtung vor jeder religiösen Überzeugung und sittlichen Weltanschauung.“

Am 12. August 1945 trat die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien mit einer Kundgebung an die Öffentlichkeit und erklärte: „Die am 12. August 1945 tagende Kundgebung der antifaschistisch-demokratischen Parteien Deutschlands, der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Christlich-Demokratischen Union, der Liberal-Demokratischen Partei, begrüßt die Zusammenarbeit und die feste Einheitsfront der vier Parteien. In dieser Einheit liegt die Gewähr, daß der Nazismus mit allen seinen Wurzeln ausgerottet wird, die unerhörten Verbrechen gegen unser Volk und gegen andere Völker ihre Sühne finden und Deutschland einer demokratischen Erneuerung entgegengeführt wird. Die Einheitsfront wird die Fehler verhüten, die nach dem Zusammenbruch von 1918 begangen wurden. Damals ermöglichte die Zersplitterung und Uneinigkeit der demokratischen Volkskräfte den Reaktionären, sich neu zu sammeln und ihren Machtapparat wieder aufzubauen. Hitler benutzte diesen Machtapparat, um den verbrecherischen Krieg zu führen, der dem deutschen Volk den größten Zusammenbruch seiner Geschichte brachte. Nie dürfen die verhängnisvollen Kräfte der Vergangenheit, die Kräfte des Militarismus, der Reaktion und des Hitlerismus wieder Gewalt über unser Volk bekommen. Deshalb muß der Weg von 1945 ein neuer sein: Der Weg der Demokratie, des Rechts und der Freiheit, des Friedens und der Achtung vor anderen Völkern. Die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien wird diesen Weg gehen.“

Damit war eine grundlegende Voraussetzung und Orientie-

rung für eine konsequente antifaschistisch-demokratische Umgestaltung der Gesellschaft geschaffen und der erste bedeutende Sieg der Kräfte errungen worden, die für die Zusammenarbeit aller Demokraten im Geiste des Friedens nach innen und außen gekämpft und gelitten hatten. Zugleich stärkte dieser Sieg die Kräfte in der CDU, die nach vorn, in eine gute Zukunft wollten, die das Bündnis anstrebten und bereit waren, es ehrlichen Herzens mitzugestalten.

Dann waren es die Bodenreform, die demokratische Neugestaltung des Staatsapparates, der Polizei und Justiz, der Schulen, die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, bei denen sich in unserer Partei die fortschrittlichen gegen die offen oder verkappt auftretenden rückwärtsgewandten Kräfte durchzusetzen hatten. Zwar gab die Zusammenarbeit im Demokratischen Block ihnen dabei politischen Rückhalt, doch jeder dieser Schritte mußte in zum Teil erbitterten innerparteilichen Auseinandersetzungen erkämpft werden. So wandten sich z. B. die damaligen Parteivorsitzenden Dr. Hermes und Dr. Schreiber nach anfänglicher Zustimmung zur Bodenreform gegen die Hilfe für Neubauern und nahmen damit Partei für die Gegner dieser geschichtlich längst fälligen Veränderung der Eigentumsverhältnisse auf dem Lande. Kaiser und Lemmer, ihre Nachfolger im Parteivorsitz, widersetzten sich offen der Überführung der Konzerne und Großbanken in die Hände des Volkes.

Beispiel und Sieg der fortschrittlichen Kräfte

Doch die progressiven Kräfte in der Parteiführung und in den Landesverbänden um Otto Nuschke und Gerald Götting hatten bereits einen solch starken Einfluß, daß der Versuch, unsere CDU zum Vehikel rückwärtsgewandter Interessen zu machen, mißlingen mußte. Es war eine geradezu groteske Situation: Während reaktionäre Kräfte in der Parteiführung sich noch gegen die Entwicklung zu stemmen suchten, war die ganz überwiegende Zahl der Mitglieder daran beteiligt, die Bodenreform zu vollziehen, den Staatsapparat demokratisch umzugestalten und Bürgermeisterämter zu übernehmen, die Rechtspflege und das Bildungswesen zu erneuern, stimmten sie im Volksentscheid für die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher. Als Mitarbeiter der Verwaltungen, als Neubauern und Neulehrer gehörten sie zu den Aktivisten der ersten Stunde.

Während einige in der CDU sich noch gegen den Entwurf des Zweijahresplanes 1949/50 wandten, hatten sich bereits

Tausende von Unionsfreunden in die von dem Kommunisten Adolf Hennecke initiierte Aktivistenbewegung eingereiht, so im Mansfelder Kupferbergbau an führender Stelle der Hauer Josef Wujciak, ein praktizierender Katholik. Er gehörte zu den ersten Nationalpreisträgern der DDR und war später Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der CDU.

Es ist neben Otto Nuschke Persönlichkeiten wie Friedrich Burmeister, Magnus Dedek, Dr. Gerhard Desczyk, Hans-Paul Ganter-Gilmans, Arnold Gohr, Josef Hodes, Franz Jensch, Dr. Reinhold Lobedanz, Luitpold Steidle, Erich Wächter und solchen Unionsfreunden, die noch heute wie Gerald Götting an maßgeblicher Stelle im staatlichen und gesellschaftlichen Leben der DDR wirken, zu danken, daß der Wille zum Fortschritt in unserer Partei bestimmend wurde.

Ein weiterer entscheidender Faktor der Festigung des Bündnisses gegen die Bestrebungen der Reaktion in der Partei war die Volkskongreßbewegung. Sie war Ende 1947 als Ausdruck der Forderung der fortschrittlichen Deutschen in allen Besatzungszonen entstanden, ganz Deutschland zu einem einheitlichen demokratischen Nationalstaat zu entwickeln und dem Separatismus in den deutschen Westzonen, wie ihn vor allem die dortige CDU/CSU mit Konrad Adenauer an der Spitze vertrat, entgegenzutreten.

Die Frage der Beteiligung an dieser Bewegung führte in unserer CDU wiederum zu heftigen Auseinandersetzungen. Die damaligen Vorsitzenden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer waren so weit gegangen, den Mitgliedern die Teilnahme am I. Deutschen Volkskongreß zu verbieten. Doch sie standen allein auf weiter Flur. Die Parteimitglieder, ihnen voran neben den schon Genannten August Bach, Otto Freitag, Karl Grobbel, Nelly Haalck, August Hillebrandt, Pfarrer Ludwig Kirsch, nahmen in Stadt und Land engagiert an der Arbeit der Volkskongreßbewegung teil.

Klares Bekenntnis zur DDR

Das bis dahin entscheidendste Ergebnis der Zusammenarbeit der Parteien war die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 als Antwort auf die Spaltung Deutschlands durch die Bildung der BRD. Es kennzeichnet die veränderte Lage in der CDU, wenn sie bereits am 5. Oktober jenes Jahres ihre Bereitschaft zur Mitgestaltung

des neuen Staates erklärte. „Die Christlich-Demokratische Union“, so heißt es in dem entsprechenden Beschluß des Hauptvorstandes, „sieht in der beschleunigten Einleitung einer solchen Entwicklung das Gebot der Stunde und ist bereit, mit allen demokratischen Kräften an einem solchen Werk... zusammenzuarbeiten.“

Vertreter der CDU beteiligten sich an der Bildung und dem Ausbau der neuen Staatsorgane. Der Kampf der fortschrittlichen Kräfte innerhalb der CDU hatte einen entscheidenden Sieg errungen. So war sie, in Zusammenarbeit mit den anderen Parteien, bei der Qualifizierung des Bündnisses zur staatstragenden Institution von Anbeginn an der Ausübung der Staatsmacht beteiligt.

Der 4. Parteitag der CDU im November 1949 in Leipzig bestätigte diese Entscheidung und unterstrich – wiederum in Auseinandersetzung mit der innerparteilichen Reaktion – den festen Willen der CDU, in Bündnistreue die Regierung, den Demokratischen Block und die aus der Volkskongreßbewegung hervorgegangene Nationale Front mitzutragen. In der Entschließung dieses Parteitages heißt es: „Im vollen Bewußtsein der für unser ganzes deutsches Volk geschichtlich bedeutsamen Stunde bekennt sich die Christlich-Demokratische Union zur Deutschen Demokratischen Republik. Sie ist entschlossen, auf der Grundlage der in der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik verankerten politischen und gesellschaftlichen Ordnung treu mitzuarbeiten... Die Union wird alle aus der Verfassung sich ergebenden demokratischen Rechte und Pflichten freimütig wahrnehmen und im Rahmen einer loyalen gegenseitigen Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte unseres Volkes im Demokratischen Block und in der Nationalen Front ausüben. Die Union bekräftigt ihr auf der 3. Jahrestagung abgelegtes Bekenntnis zu einer sozialistischen Gestaltung der Gesellschaftsordnung. Die Union bekennt sich zu ihrer christlichen Zukunftssendung und wird in fester Zuversicht weiter wirken für ein freies, demokratisches, friedliches Deutschland in einer friedlichen Welt.“

Den endgültigen Sieg der Kräfte des Fortschritts in der Partei brachte der 5. Parteitag im Jahre 1950. „Die CDU“, so heißt es in der Entschließung dieses Parteitages „ist entschlossen, in Regierung, Verwaltung, in den Parlamenten und öffentlichen Betrieben unsere gemeinsam erarbeitete antifaschistisch-demokratische Ordnung weiter zu festigen und zu vertiefen.“

So gestaltete unsere CDU den weiteren Weg unseres Landes mit – ohne Zögern und ohne Schwanken von den ersten Volkswahlen in der DDR, dem ersten Fünfjahrplan, der Ab-

wehr der Konterrevolution am 17. Juni 1953 und der Sicherung der bis dahin offenen Staatsgrenze der DDR zu Westberlin und zur BRD am 13. August 1961, dem Aufbau des Sozialismus und der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bis auf den heutigen Tag. Und so wird es auch in Zukunft bleiben.

Unverrückbare Ausgangspunkte des politischen Denkens und Handelns christlicher Demokraten sind Treue zum Sozialismus, die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeiterklasse als der führenden Kraft der sozialistischen Gesellschaft und die Freundschaft zur Sowjetunion.

II.

Vor allem der feste Wille zum Neubeginn von Grund auf war der Anlaß für christliche Demokraten, mit anderen demokratisch gesinnten Kräften zusammenzuarbeiten. Schon der Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945, der sich an das „schaffende Volk in Stadt und Land“ wandte, orientierte darauf, demokratische Machtorgane zu bilden, in denen Arbeiter, Bauern und Angehörige anderer werktätiger Schichten des Volkes gemeinsam die gesellschaftliche Entwicklung in die Hände nehmen sollten. Auch die Bildung eines Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien wurde in diesem Aufruf angeregt.

Doch nicht erst 1945, sondern bereits seit Mitte des vorigen Jahrhunderts hatte der Marxismus die Notwendigkeit des Bündnisses zwischen den werktätigen Klassen und Schichten auf die Tagesordnung gesetzt. Das Kommunistische Manifest hatte ja nicht nur zur Vereinigung aller Proletarier aufgerufen. Es hatte vielmehr auch schon die Gemeinsamkeiten des Proletariats mit Angehörigen anderer Schichten herausgestellt: „Die Bourgeoisie... hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.“ Daraus ergibt sich, daß „die ausgebeutete und unterdrückte Klasse... sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse... befreien kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien.“ (Friedrich Engels)

In ihrer Bündnispolitik gingen und gehen die Marxisten-Leninisten davon aus, welche Hauptinteressen andere Klassen und Schichten mit der Arbeiterklasse verbinden. Diese Interessen stellen sie in den Mittelpunkt ihres Bündnisangebots. Großindustrielle und Großgrundbesitzer unterdrückten eben nicht nur die Arbeiter, sondern auch Bauern, viele Intellektuelle, Handwerker und selbst kleine und mittlere Unternehmer, wenn das auch nicht von allen so gesehen wurde.

Im Rußland vor der Oktoberrevolution festigten die von Lenin geführten Bolschewiki vor allem das Bündnis mit den Bauern, forderten aber auch kleinbürgerliche städtische Schichten zu gemeinsamem Handeln auf. Das Bündnis mit linken Repräsentanten der Partei der Sozialrevolutionäre — führende Vertreter gehörten zur ersten Sowjetregierung — zerbrach, weil sie es 1918 aufkündigten und den bewaffneten Kampf gegen die Sowjetmacht aufnahmen.

In den letzten Jahren der Weimarer Republik in Deutschland war die Bündnispolitik der Kommunistischen Partei vor

allem von der Erkenntnis bestimmt, daß der Faschismus sich zum Hauptinstrument der reaktionärsten, von Chauvinismus und Aggressivität erfüllten Kräfte des Imperialismus entwickelte. Deshalb richteten sich die Rufe und Mahnungen von Kommunisten vor allem auf die Schaffung einer antifaschistischen Volksfront. Dabei wandten sie sich nicht zuletzt auch an christliche Kreise. Aus der Fülle der Aufrufe zum Bündnis sei nur einiges mit Blickrichtung auf diesen Aspekt zitiert. „Immer wieder“, so erklärte Ernst Thälmann am 27. Februar 1933, „hat die Kommunistische Partei ihre feste, unverbrüchliche Bereitschaft ausgesprochen, gemeinsam mit allen Arbeitern und jeder Organisation den Kampf gegen den Faschismus zu führen, die ihrerseits zum Kampf bereit sind... Schafft gemeinsam mit uns breite Massenorgane der proletarischen Einheitsfront, in denen kameradschaftlich und brüderlich Kommunisten und Sozialdemokraten, christliche Arbeiter und Freidenker, Organisierte und Unorganisierte zusammenarbeiten und den Kampf organisieren!“

Im November 1934 wandte sich das Zentralkomitee der KPD an die christlichen Werktätigen Deutschlands mit einem Aufruf, in dem es heißt: „Wir Kommunisten werden niemals euren religiösen Glauben verhöhnen und verspotten. Wir sichern euch die vollste Glaubens- und Gewissensfreiheit zu. Wir wollen mit unseren christlichen Volksgenossen keinen Kulturkampf, keinen Kulturkrieg. Wir werden keinerlei Einrichtung, die eurem Glauben, die eurer Religion dient, antasten oder einschränken. Im kommenden sozialistischen Deutschland ist für jeden Platz, der aufrichtig am Aufbau des Sozialismus mithilft... Wir Kommunisten sind bereit, mit euch allen, mit allen Feinden des faschistischen Ausbeuterregimes schon heute diese Einheitsfront des Kampfes und der gemeinsamen Aktion zu schaffen. Wir wollen uns mit euch zum gemeinsamen Kampf für unsere Lebensrechte, für die Verteidigung und Erhöhung unseres Lohnes, für die Er kämpfung der Freiheit zusammenschließen. In aufrichtiger Kameradschaft strecken wir euch unsere Bruderhand entgegen.“

Vom 15. Oktober 1935 datiert jenes Manifest der Brüsseler Konferenz der KPD an das werktätige deutsche Volk, das nochmals betont: „Wir Kommunisten sind für die breiteste Volksfront! Gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei, mit der Zentrumspar tei, den Demokraten und mit allen Organisationen des werktätigen Volkes muß die Volksfront gegen Hitler, gegen die faschistische Diktatur, für deren Sturz geschaffen werden. Alle Menschen und Gruppen, die diesen Kampf wollen, müssen in dieser Front vereinigt werden.“

Der 14. Parteitag der KPD, in die Geschichte als Berner

Konferenz eingegangen, faßte am 1. Februar 1939 eine Resolution, in der auch auf folgendes Problem hingewiesen wird: „Ein weiteres großes Hemmnis in der Einigung der Hitlergegner in der Volksfront ist die Furcht mancher kirchlicher, besonders katholischer Kreise über das Schicksal der Kirche in einem zukünftigen Volksfrontdeutschland. Aber ebenso, wie heute katholische und marxistische Arbeiter gemeinsam gegen denselben Feind kämpfen und einander beistehen, wird der Kirche, die auf seiten des Volkes steht, die nicht, wie in Francospanien, an der Seite der schwärzesten Reaktion einen erbarmungslosen Krieg gegen das eigene Volk führt, die nicht, wie im alten Rußland, auf Gedeih und Verderb mit dem Zarismus verbunden war, von einem Volksfrontdeutschland nicht nur keine Gefahr drohen, sondern sie wird von der Gefahr der Vernichtung durch den Faschismus gerettet sein. Die neue demokratische Republik wird die Gewissens- und Glaubensfreiheit und den Schutz des Eigentums der Kirche garantieren.“

Damals wurden diese beschwörenden Rufe nur von wenigen gehört. Zu groß war anfangs die Zustimmung breiter Schichten des Volkes zu Hitlers Politik. Hatte er es nicht geschafft, die sechs Millionen Arbeitslosen von der Straße zu bringen? Hatte er nicht den Versailler Vertrag Stück für Stück zerrissen? Hatte er nicht Deutschland, das erniedrigte, wieder zu etwas gemacht? Wer nahm schon die Konzentrationslager wahr, wenn sie ihn nicht selbst betrafen? Wen kümmerte schon das Schicksal der Juden, wenn er selber keiner war und keinen näher kannte? Blind waren viele gegenüber den Verboten demokratischer Parteien oder der Zerschlagung der Gewerkschaften, der Förderung der großen Konzerne und der Aufrüstung durch den Faschismus.

Groß war zwar die Betroffenheit, als Hitler den Krieg begann, aber dann kamen die ersten Siegesmeldungen. Und mancher dachte, es werde für Deutschland schon nicht allzu schlimm werden. Bei vielen begann das Nachdenken erst, als die Rote Armee den deutschen Truppen vor Moskau Halt gebot, bei nicht wenigen erst, als Sowjetsoldaten die rote Fahne auf dem Reichstag aufpflanzten.

Vor allem im antifaschistischen Widerstandskampf hatte es, wie wir gesehen haben, bis zum Mai 1945 viele Zeichen heldenmütiger Gemeinsamkeit von Menschen verschiedenster sozialer Herkunft, Glaubensrichtungen und Weltanschauungen gegeben. Gewaltig waren die Opfer an Gut, Blut und Leben, die deutsche Antifaschisten, allen voran Kommunisten und Sozialdemokraten, brachten. Doch diesem heroischen Kampf stand ein raffiniert funktionierender Mechanismus des deut-

schen Monopolkapitals gegenüber. Er ließ nichts unversucht, die Masse des Volkes mit faschistischen und antikommunistischen Parolen in die Irre zu führen.

Als aber der Tag der Befreiung angebrochen war, da erwies sich das Fundament, das im gemeinsamen Kampf demokratischer Kräfte gegen den Faschismus entstanden war, als die solide Plattform, auf der jenes sozialistische Deutschland erbaut werden konnte, von dem im Aufruf der KPD von 1934 gesprochen worden war. Nach dem Aufruf der aus der Illegalität hervorgetretenen KPD vom 11. Juni 1945 und der Bildung des Demokratischen Blocks war es vor allem ein historisches Ereignis, das für das Bündnis aller demokratischen Kräfte höchste Bedeutung erlangte: Die 1946 vollzogene Vereinigung der KPD und SPD zur SED, mit dem die Arbeiterklasse ihre Einheit auf revolutionärer Grundlage herstellte. Auf dieser Basis konnte das Bündnis weiter gedeihen, konnte endgültig jene grundlegende geschichtliche Wende angebahnt werden, die den Weg zum Sozialismus freimachte. Jedoch waren zunächst nicht wenige Bedenken bei so manchem Bündnispartner zu zerstreuen, Hindernisse zu überwinden, Vorbehalte zu entkräften, viele Auseinandersetzungen mit reaktionären Kräften zu bestehen, bis die Macht unwiderruflich in den Händen der Arbeiter und ihrer Verbündeten lag.

Die Politik der SED, so hat es der Generalsekretär des Zentralkomitees, Erich Honecker, auf dem VIII. Parteitag dieser Partei formuliert, dient „einem Ziel: Mit allen Menschen wollen wir für alle Menschen dieses Landes die sozialistische Gesellschaft immer vollkommener gestalten. Oberster Grundsatz unseres Denkens und Tuns bleibt: Nichts wird bei uns um seiner selbst willen gemacht! Nichts geht ohne die Kraft des Volkes! Alles dient dem Wohl der arbeitenden Menschen!“

Die Wahrheit dieser Worte hat die Geschichte bestätigt. Von Anfang an wurde im Demokratischen Block und in den Volksvertretungen jeder Schritt in das neue Leben gemeinsam beraten, gemeinsam entschieden und gemeinsam gegangen. Die Partner lernten immer besser, aufeinander zu hören, die Eigenarten eines jeden zu verstehen und darauf einzugehen. Gemeinsam wurden die neuen Produktionsverhältnisse gestaltet. Die antifaschistisch-demokratische Ordnung entstand. Dann wurde der Übergang zur sozialistischen Ordnung vollzogen, wurde diese Ordnung aufgebaut und schließlich der Schritt in die entwickelte sozialistische Gesellschaft getan.

Dabei ist es nun keineswegs so, daß im Bündnis die einen allein die Gebenden und die anderen allein die Nehmenden sind. Vielmehr werden alle bereichert und so befähigt, ihr

Bestes in die Gesellschaft einzubringen. Darüber hinaus hat die Bündnispolitik dazu beigetragen, uns vor manchem Fehler zu bewahren. Walter Ulbricht hat dazu einmal bemerkt: „Es ist nicht etwa nur das Verdienst der Regierung, wenn es bei uns keine Lager und keine Todesurteile gab; das ist auch ein Verdienst der guten Zusammenarbeit der Blockparteien in der Nationalen Front: das ist unser gemeinsames Verdienst. Denn, liebe Freunde: nicht nur wir Marxisten-Leninisten haben Einfluß genommen auf die Entwicklung des demokratischen Lebens, sondern auch unsere Freunde in den Blockparteien haben einen gewissen Einfluß auf uns ausgeübt... In der Zusammenarbeit in der Nationalen Front haben wir den gemeinsamen Weg gefunden und gemeinsam manchen Fehler vermieden.“

III.

Bündnispolitik, wie sie in der DDR existiert, äußert sich ihrem sozialen Wesen nach als Bündnis der Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, der sozialistischen Intelligenz und anderen sozialen Schichten des Volkes, und ihrem politischen Charakter nach als Bündnis der Parteien und Massenorganisationen.

Betrachten wir zunächst den sozialen Charakter des Bündnisses, so wird erkennbar, daß es auf grundlegenden Faktoren der Sozialstruktur unserer Gesellschaft beruht: Infolge der Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist der Antagonismus verschwunden, den Ausbeutungsverhältnisse zwischen herrschenden und unterdrückten Klassen hervorgerufen hatten. Die Arbeiterklasse als Hauptkraft des gesellschaftlichen Fortschritts wurde zur führenden Kraft in Staat und Gesellschaft.

So können sich im Sozialismus alle Menschen in allen ihren sozialen Lebensumständen auf die Gewährleistung sozialer Sicherheit verlassen. Jeder kann seine Fähigkeiten, Begabungen und Kenntnisse ungehindert entfalten, kann sie für sich und die ganze Gesellschaft nutzbringend einsetzen. Kein Konkurrenz- oder Existenzkampf, kein Profitinteresse steht der Befriedigung seiner materiellen und kulturellen Bedürfnisse im Wege. Jeder ist gerufen, mitzuarbeiten, mitzuplanen und mitzuregieren, mit seinen Ideen und Taten, Vorstellungen, Vorschlägen und Hinweisen lebendige, reale Demokratie zu gestalten.

Es ist ein hervorragender und uns in seiner Selbstverständlichkeit oftmals gar nicht mehr bewußter Vorzug des Sozialismus, eine neue Qualität der Beziehungen zwischen den Klassen und Schichten der Werktätigen sowie eine neue Qualität für gute Beziehungen im zwischenmenschlichen Bereich geschaffen zu haben. Es gibt zwar soziale Unterschiede, aber alle Klassengegensätze, die der Praktizierung von Mitmenschlichkeit und Brüderlichkeit im Wege stehen, sind beseitigt. Wo auf der Grundlage der sozialistischen Produktionsverhältnisse die entscheidenden politischen, ökonomischen, ideellen und moralischen gesellschaftlichen Interessen und Ziele der Klassen und Schichten übereinstimmen, formt sich die politisch-moralische Einheit des Volkes immer weiter aus.

Auf dieser Basis kann sich die weitere soziale Annäherung der Klassen und Schichten vollziehen. Wenn man die vier Jahrzehnte seit der Befreiung vom Faschismus und der Beseitigung imperialistischer Herrschaftsverhältnisse daraufhin betrachtet, so wird man zweierlei feststellen können. Erstens

hat sich seitdem die soziale Struktur der Gesellschaft wesentlich verändert. Die Arbeiterklasse ist sowohl quantitativ gewachsen — ihr Anteil an der Zahl der Berufstätigen entwickelte sich von 78,4 Prozent 1949 auf 89,2 Prozent 1984 — als auch qualitativ, im Blick auf den Qualifikationsgrad derer, die ihr angehören. Meister und Facharbeiter gab es 1970 3,2 Millionen, 1984 waren es knapp 5 Millionen. Ganz neu entstand die Klasse der Genossenschaftsbauern. Die soziale Stellung wie auch das soziale und ideologische Profil der Intelligenz hat sich verändert; die überwiegende Mehrheit kommt aus den Klassen der Arbeiter und der Genossenschaftsbauern. Neben den Einzelhandwerker ist das PGH-Mitglied getreten, neben den Einzelhändler der mit Kommissionsvertrag. Ein-stige private Unternehmer wurden Leiter halbstaatlicher und später volkseigener Betriebe.

Alle diese Veränderungen haben vor allem auch ideologisches Gewicht, denn mit dem Strukturwandel vollzog sich ja zugleich ein Bewußtseinswandel.

Zweitens hat sich gezeigt, daß die soziale Annäherung der Klassen und Schichten an die Arbeiterklasse im Sozialismus ein zwar historisch gesetzmäßiger, aber auch langwieriger Prozeß ist. So entscheidend die Macht- und Eigentumsverhältnisse des Sozialismus für diesen Prozeß sind, so bleiben dennoch soziale Unterschiede, sowohl zwischen den Angehörigen verschiedener Klassen und Schichten als auch zwischen Angehörigen der gleichen Klasse oder Schicht, wenn wir nur an das Leistungsprinzip denken. Unterschiedlich sind beispielsweise auch die Lebens- und Arbeitsverhältnisse in der Stadt und auf dem Land. Unterschiede bestehen zwischen körperlicher und geistiger Arbeit. Differenzen und zuweilen geradezu Gegensätze gibt es ebenfalls noch zwischen Interessen und der Möglichkeit ihrer Realisierung, etwa zwischen den wachsenden materiellen und geistigen Bedürfnissen der Werktätigen und ihrer Befriedigung, Differenzen zwischen Wunsch und Angebot bei der Berufswahl, zwischen Gemeinsinn und Eigennutz. Das alles ist auf das Bündnis nicht ohne Einfluß.

Sowohl der Prozeß der Annäherung der Klassen und Schichten als auch die Unterschiede zwischen ihnen sind für das Bündnis von beträchtlichem Gewicht. Der Aufbau des Sozialismus und die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft haben erwiesen, daß die Besonderheiten jeder einzelnen Klasse und Schicht nicht verwischt wurden, sondern daß sie ihrer spezifischen Rolle gemäß am Bau der Gesellschaft teilnehmen.

Das politische Bündnis der Parteien und Massenorganisationen entspricht dem sozialen Bündnis. Es wird von ihrem gemeinsamen Willen getragen, Frieden und soziale Sicherheit zu den Leitlinien der Gesellschaft zu machen. Gleichberechtigt und vertrauensvoll arbeiten sie zusammen und bilden so eine solide Basis unseres sozialistischen Staates, einen Kraftquell der sozialistischen Demokratie. Sie sind durch diese kameradschaftliche und offene Zusammenarbeit eine wirksame und wesentliche Triebkraft gesellschaftlichen Fortschritts.

Grundlagen des politischen Bündnisses, also auch des Parteienbündnisses, sind die Beseitigung des Klassenantagonismus, das Gemeineigentum an Produktionsmitteln, die gemeinsamen Grundinteressen aller Bürger an Frieden, Wohlstand und gesellschaftlichem Fortschritt, die Beherzigung dessen, was die Geschichte lehrt, und schließlich gemeinsame demokratische und humanistische Traditionen. „Wir haben bewiesen, daß in einem hochindustrialisierten Land eine marxistisch-leninistische Partei mit anderen demokratischen Parteien und mit Menschen verschiedener Weltanschauung im Interesse des Friedens, des Fortschritts und der Sache der Nation erfolgreich zusammenarbeiten kann“, erklärte Walter Ulbricht am 20. Jahrestag der Gründung des Demokratischen Blocks. Und Gerald Götting äußerte zum gleichen Anlaß: „Das Miteinander, das wir seit zwei Jahrzehnten praktizieren und das wir immer fester gestaltet und breiter ausgebaut haben, ist Grundlage der gesamten Politik unseres Arbeiter- und Bauern-Staates. Für uns christliche Demokraten bedeutet es zugleich Verwirklichung der uns gesetzten ethischen Forderung nach Brüderlichkeit und Dienst am Nächsten.“

Der Kern der Sache ist also, daß auch das politische Bündnis, wie es in der DDR besteht, auf den gleichen gemeinsamen Grundinteressen beruht wie das soziale, daß es durch diese Grundinteressen zu einer Sache von Solidität und Dauer wird und daß es sich dieser Interessen wegen prinzipiell von Koalitionen bürgerlich-parlamentarischen Gepräges unterscheidet.

Auf unserem 3. Parteitag 1948 in Erfurt sagte Otto Nuschke im Blick auf die Zeit der Weimarer Republik: „Ich habe sie doch mitgestaltend erlebt. Wenn irgendeine kleine Splitterpartei auszutreten drohte, hatten wir die Kabinettskrise. Der Krisenzustand war beinahe eine Dauererscheinung. Ist da nicht der gesunde Gedanke der Blockpolitik vorzuziehen? Das kann keiner leugnen, der den Dingen aufgeschlossen gegen-

übersteht. In dieser Blockgemeinschaft werden keine Abstimmungen vorgenommen. Es wird einmütig festgestellt; oder die Maßnahmen unterbleiben. Die Blockpolitik wird sich einmal in der deutschen Geschichte sehen lassen können. Denn sie hat die demokratischen Grundlagen für den Wiederaufbau in der Ostzone geschaffen. Sie hat in den großen nationalen und sozialen Fragen eine gemeinsame Front erstehen lassen. Die gigantische Aufgabe der Wiederaufrichtung eines zusammengebrochenen Volkes und einer niedergebrochenen Wirtschaft, die Herbeiführung eines Friedens, kann nicht die Aufgabe einer Partei, sondern muß die Leistung aller verantwortungsbewußten Kräfte und Parteien sein.“

Wie die sozialökonomischen Verhältnisse Bewußtseinsinhalte der Partner im sozialen Bündnis verändert haben, so haben sie auch auf das Selbstverständnis der Partner im politischen Bündnis eingewirkt. Vor allem die revolutionäre Umwälzung der Produktions- und Eigentumsverhältnisse, die ja ihr gemeinsames Werk ist, hat ihre Verantwortung für das Ganze ständig erhöht. Miteinander haben sie diese Umwälzung vollzogen, haben sie getragen und gegen alle Angriffe und Widrigkeiten verteidigt. In kameradschaftlicher Zusammenarbeit haben sie die zahllosen Probleme gelöst, die sich bei der Vorbereitung, beim Bau und bei der Ausgestaltung der sozialistischen Gesellschaft ergaben. Daran sind sie gewachsen.

Unverändert sind die Fundamente des Bündnisses geblieben. Doch seine Partner haben gelernt und haben sich in dem gewaltigen revolutionären Prozeß, den sie gemeinsam bewältigt haben, gewandelt. Marxisten wie andere Demokraten und Humanisten haben immer besser begriffen, daß sie in vielen grundlegenden Fragen der Gesellschaftsgestaltung, vor allem im Streben nach Frieden und sozialer Sicherheit für die Menschen, das gleiche Ziel besitzen. Die Entwicklung hat gelehrt, daß die Herausbildung sozialistischer Persönlichkeitswerte nicht bei der Arbeiterklasse und ihrer Partei endet, sondern daß alle Parteien hier eine Aufgabe von großer Tragweite vorfinden. Das wird auch von seiten der SED so gesehen. Auf ihrem IX. Parteitag 1976 erklärte Erich Honecker: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands schätzt den wertvollen Beitrag, den die befreundeten Parteien bei der Herausbildung des sozialistischen Staatsbewußtseins ihrer Mitglieder und der Bürger der ihnen nahestehenden Schichten geleistet haben.“

Nichts hat das politische Bündnis zu tun mit Uniformität oder Nivellierung, wie gegnerische Kräfte das unterstellen. Vielmehr haben alle Parteien ihre ganz eigenen und oftmals naturgemäß unterschiedlichen Wertvorstellungen und Auffas-

sungen in das Bündnis eingebracht. So haben sie eigenständig zur Ausformung der sozialistischen Gesellschaft das beigetragen, was die Vielfalt dieser Gesellschaft ausmacht und was es dem einzelnen Bürger oft erleichtert hat, sie als seine Gesellschaft zu akzeptieren. So sind die Parteien nicht „gleichgeschaltet“ worden, sondern wirken als selbständige politische Kräfte entsprechend ihrer spezifischen Tradition, Motivation und Gedankenwelt.

Gerald Götting erklärte das auf dem 8. Parteitag unserer CDU 1956 so: „Die Parteien der Deutschen Demokratischen Republik arbeiten zusammen im Block, in dem das weltanschauliche Eigenprofil jeder Partei nicht verwischt wird, in dem aber nicht das gemeinsame Schicksal ignoriert wird, das die Parteien in ihrem Kampf um den Frieden und die Erhaltung unserer Nation eint, in dem schließlich auch kameradschaftlich der stärksten Partei, der Partei mit der weitesten historischen Perspektive, neidlos die Führung zuerkannt wird. Im geistigen Leben brauchen die Weltanschauungen nicht mehr als einander absolut feindlich gegenüberzustehen. Die geistige Gegnerschaft braucht nicht mehr zu einer politischen und persönlichen Feindschaft auszuarten, weil die unterschiedlichen Weltanschauungen geeint werden im Kampf um die Verwirklichung des Humanismus. Dieser gemeinsame Kampf um die Verwirklichung des Humanismus verwischt nicht die tiefgehenden und unüberwindlichen Unterschiede zwischen den Weltanschauungen selbst; er ermöglicht aber das Zusammengehen und Zusammenstehen der Träger dieser Weltanschauungen...“

Gemeinsamkeit und Spezifik

Größer und umfassender auf allen Gebieten ist mit der Entwicklung des Sozialismus die Bedeutung der Führungskraft in diesem Prozeß geworden. Doch zugleich hat sich gezeigt, daß dies die Rolle und Verantwortung der Bündnispartner nicht geschmälert, sondern im Gegenteil ebenfalls erhöht hat. Das Verhältnis zwischen der Führungskraft und ihren Partnern ist eben keine Waage, auf der eine Schale sinkt, wenn die andere steigt. Gemeinsamkeit und Spezifik der Interessen – dazwischen liegt das Spannungsfeld der Dialektik von der Gemeinsamkeit der Parteien im politischen Bündnis und ihrer Eigenständigkeit in ihrer politischen Arbeit. Dieses Spannungsfeld beherrscht und bewältigt zu haben, macht ein wesentliches Stück des Erfolges des gemeinsamen Wirkens bei der Gesellschaftsgestaltung der DDR aus.

Nun wissen wir jedoch, daß viele bürgerliche Historiker behaupten, das Wiedererstehen und Neuentstehen der politischen Parteien in unserem Lande sowie ihre Zusammenarbeit im Bündnis und schließlich das gesamte sozialistische Gesellschaftsgefüge der DDR sei gar kein Werk des Volkes selber gewesen, sondern sei uns von der sowjetischen Besatzungsmacht verordnet worden. Die Tatsachen widerlegen das eindeutig. Zwar unterstützte sie – im Gegensatz zu den Westmächten in ihren Besatzungszonen – die Kräfte, die für radikale und dauerhafte Demokratisierung eintraten. Aber damit förderte sie im Sinne des Potsdamer Abkommens nur das, was in den verschiedensten antifaschistischen Kreisen als das Bild des neuen, demokratischen Deutschlands vorgedacht worden war. Das zeigen Dokumente von KPD und SPD aus deren illegaler Zeit vor 1945 ebenso wie etwa Aussagen aus dem Kreisauer Kreis, jenem Zusammenschluß von bürgerlichen, christlichen und sozialdemokratischen Kräften, die maßgeblich den 20. Juli 1944 vorbereitet haben. Ebenso findet man dies bestätigt in Arbeiten der religiösen Sozialisten. Anordnungen, die die Grundlage zu den antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen bildeten, die sich in der damaligen sowjetischen Besatzungszone vollzogen, wurden denn auch von unseren eigenen demokratischen Kräften und den durch sie geschaffenen administrativen Organen ausgearbeitet, beschlossen und durchgesetzt.

Und im übrigen: Sowjetische Truppen standen bei Kriegsende auch in Österreich, in Dänemark, im Iran, in Norwegen. Doch sozialistisch sind diese Staaten bekanntlich nicht geworden. Andererseits gab es sowjetische Truppen weder in China noch in Albanien, weder in Vietnam noch in Kuba. Doch dort herrscht der Sozialismus „dennoch“.

Daß das Bündnis nicht aufgrund irgendwelcher Einflüsse oder gar Anordnungen von außen zustandekam, sondern daß es eine Frucht gemeinsamer Einsicht in seine Notwendigkeit war, darin scheint mir eine wesentliche Ursache dafür zu liegen, daß es die Notzeiten, in denen es entstanden war, überdauerte und ständig fester wurde. Es „verdorrte“ nicht, wie Skeptiker vorhergesagt hatten, und es wurde von der SED gleich gar nicht „aufgekündigt“, wie es von westlichen Ideologen prophezeit wurde. Vielmehr hat seine nunmehr vierzigjährige Geschichte bewiesen, daß es sicher und dauerhaft ist. „Fest und vertrauensvoll sind die Beziehungen unserer Partei zur Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, zur Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, zur Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands und zur National-Demokratischen Partei Deutschlands. Die mit uns befreundeten Par-

teien haben einen stabilen Platz in unserer Gesellschaft. Ihre Mitglieder leisten einen eigenständigen Beitrag zu unserer gemeinsamen sozialistischen Sache. Die konstruktive und erprobte Mitarbeit unserer Bündnispartner schätzen wir hoch ein. Unsere enge Zusammenarbeit wird sich weiter bewähren und hat eine langfristige Perspektive“, erklärte Erich Hon-ecker auf dem X. Parteitag der SED.

Allerdings unterscheidet sich unser Demokratieverständnis prinzipiell von bürgerlich-parlamentarischen Kategorien. Wer es von daher betrachtet, wird es kaum verstehen. Das zeigt sich beispielsweise in dem, was ein Westberliner Journalist in seinem Buch „Gottes Volk im Sozialismus“ über unsere Partei sagt. Dabei geht es nicht so sehr darum, daß er dem Wesen und Wirken unserer CDU in keiner Weise gerecht wird. Es erweist sich vielmehr, daß sich auf Staat, Gesellschaft und Verhältnis der Parteien zueinander in der DDR alte Maßstäbe, die anderswo noch gültig sind, nicht mehr anwenden lassen. Wer hier eine Opposition vermißt, müßte sich fragen lassen, wogegen und wofür sie opponieren sollte: etwa gegen Frieden nach innen und außen, etwa für Hochrüstung, Konkurrenzkampf, Sozialabbau und Arbeitslosigkeit? Sie würde kein Publikum finden. Von daher kann sicher verständlich werden, daß Bürger der DDR, Christen zumal, sich für die Werte des Sozialismus durchaus aus eigener Überzeugung und nicht aus schnödem Opportunismus einsetzen. Das schließt den ständigen Meinungsstreit um die besten Wege zum weiteren Ausbau der sozialistischen Gesellschaft, zur Überwindung von Mängeln und Unzulänglichkeiten keineswegs aus. Da gibt es durchaus Pluralität, allerdings nicht im westlichen Sinne als Gerangel um den besten Platz an der Futterkrippe, sondern als Vielfalt der Ideen und Initiativen für das Gemeinwohl.

Dabei vertritt durchaus jeder seine spezifischen Interessen und findet beim anderen dafür Verständnis, denn alle Aktivitäten sind an diesem Wohl orientiert. Das berührt nicht die Eigenständigkeit der Partner, macht nicht den einen zum Anwalt des anderen. In gegenseitiger Toleranz vollzieht sich das gemeinsame Wirken für die sozialistische Gesellschaft in der DDR.

Bei der sozialistischen Umgestaltung bewährt

In diesem Sinne gestaltete die CDU jede Phase der Entwicklung eigenverantwortlich mit. Das Bündnis wurde fester. Es bewährte sich täglich aufs neue. Das zeigte sich in vielfältiger Weise. In der Volkskammer, ihrem Präsidium und ihren Aus-

schüssen, im Staatsrat, im Ministerrat und in anderen zentralen Staatsorganen wie ebenfalls in den örtlichen Volksvertretungen, Räten und anderen Organen nahmen Angehörige aller Parteien gemeinsam die Macht in die Hände, lernten sie, sie zum Wohle des Volkes auszuüben. In vielen Situationen hat sich das bewährt. Nur zwei Beispiele seien aus der Fülle herausgegriffen: Gemeinsam wurde die komplizierte Aufgabe der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft gelöst. Wer das damals miterlebt hat, wird es nie vergessen. Kein Mittel scheuten die Gegner, von der BRD und von Westberlin aus den Aufbau des Sozialismus in der DDR zu verhindern und einen Keil zwischen Arbeiter und Bauern zu treiben bis hin zu Erscheinungen wie Abwerbung, Sabotage, Brandstiftungen und sogar Morddrohungen. Doch die neue sozialistische Klasse der Genossenschaftsbauern entstand und festigte sich. Zahlreiche bäuerliche Mitglieder unserer Partei gehörten zu den Schrittmachern auf dem Weg in die Genossenschaften, waren anderen Vorbild und Beispiel, übernahmen wichtige Leitungsfunktionen in den neuen LPG.

Doch auch in anderen Bereichen galt es, komplizierte Probleme zu meistern. So konnten wir christlichen Demokraten mithelfen, daß 1956 eine klare Perspektive für die Einbeziehung der privaten Unternehmer in die sozialistische Produktionsweise geschaffen wurde – die staatliche Beteiligung an privaten Produktionsbetrieben als Übergangsform zum sozialistischen Betrieb. Daß diese Initiative gerade von christlichen Demokraten ausging, hatte übrigens keineswegs nur ökonomische Gründe. Gerade an diesem Beispiel läßt sich besonders deutlich machen, daß die CDU als eine Partei von Christen in ihrer politischen Arbeit christliche Motivation mit sozialen Fragen ihrer Mitglieder verbindet. Unternehmer aus unseren Reihen erklärten denn auch, daß aus ihrer Sicht mit dem Schritt zur staatlichen Beteiligung nicht nur ökonomischen Erfordernissen Rechnung getragen, sondern zugleich ein Schritt dazu getan wurde, den Widerspruch zwischen christlicher Nächstenliebe und der Ausbeutung anderer Menschen zu überwinden.

Aus der staatlichen Beteiligung entwickelte sich eine neue Gemeinsamkeit zwischen dem ehemaligen privaten Unternehmer und seinen Mitarbeitern. In den neuen Betrieben galt es vor allem, gemeinsam staatliches Eigentum an Produktionsmitteln zu erhalten und zu mehren. Beide sahen sich dem Plan als Ausdruck der gesamtgesellschaftlichen Interessen verpflichtet. Der private Charakter des Betriebes war nicht mehr das Ausschlaggebende. Er trat hinter das Volkseigentum zurück. Das war eine Sache, die für Christen einen we-

sentlichen moralischen Aspekt hatte. Unionsfreund Dr. Walter Riedel, der einer der ersten Unternehmer war, die sich zur Aufnahme staatlicher Beteiligung entschlossen, sprach einmal direkt davon, daß dadurch „der Makel des Ausbeuters“ von ihm genommen worden sei. Und Unionsfreund Herbert Kreisel, ebenfalls einer aus dem Kreis der ersten acht Inhaber privater Industriebetriebe, die diesen Schritt taten, hat das so gesehen: „Für uns christliche Unternehmer war damals entscheidend, daß sich eine Gelegenheit eröffnete, am Aufbau einer Gesellschaft mitzuwirken, deren humanistischer Charakter mit den ethischen Grundlagen des Christentums übereinstimmt; bei der sich ein Weg bot, der sittlichen Verantwortung gegenüber unseren Nächsten besser als je zuvor in der Menschheitsgeschichte gerecht zu werden.“

Allerdings – der Weg in die neue Gesellschaft war nirgends frei von Hindernissen. Da galt es, bei Bauern wie bei Handwerkern, bei Gewerbetreibenden wie bei Unternehmern, bis dahin selbstverständlich gewesene Positionen zu verlassen, sich vertrauensvoll und mutig auf neue Wege zu begeben, private Bedenken und Probleme zu überwinden und den Einflüsterungen und Drohungen, der Demagogie und den Verführungskünsten des Gegners zu widerstehen. Daß es geschafft wurde, daß man heute auf dem Lande wie in der Stadt überall erfahren kann, wie moralische und materielle Vorteile der neuen Strukturen in einer Weise wirken, daß auch die Zweifler längst ihren Sinn gewandelt haben – das zählt zu den sichtbaren Erfolgen der Bündnispolitik.

Anfang der 60er Jahre begann die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Sie charakterisiert die bisher erreichte Übereinstimmung zwischen den Grundinteressen aller Bündnispartner:

- Gemeinsam ist ihnen die uneingeschränkte Freiheit von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.
- Gemeinsam ist allen Werktätigen das Interesse an der Erhaltung des Friedens; sie kämpfen gemeinsam für Entspannung und Abrüstung; sie stärken die DDR, weil sie erkannt haben, daß ein starker Sozialismus der sicherste Garant für den Frieden ist.
- Gemeinsam ist ihnen das Bewußtsein der Verantwortung für die weitere Durchsetzung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik durch hohe Leistungen am Arbeitsplatz.
- Gemeinsam gestalten sie die sozialistische Demokratie als Ausdruck der Arbeiter-und-Bauern-Macht.
- Gemeinsam tragen sie dazu bei, den sozialistischen Staatenbund zu stärken und antiimperialistische Solidarität zu üben.

Vergleichen wir nun einmal Bündnispolitik und Bündnispraxis in der DDR mit der in anderen sozialistischen Staaten. Da werden wir zunächst festzuhalten haben, daß es Übereinstimmung im Grundsätzlichen gibt: in allen sozialistischen Ländern geht das Bündnis von klassenmäßigen Gesichtspunkten aus. Doch gibt es bestimmte Formen und Eigenarten, die unserer Auffassung nach aus der spezifischen Entwicklung der DDR und ihren spezifischen Verhältnissen entspringen. Vier Punkte seien genannt:

1. In der DDR war es besonders notwendig, beim Bau der neuen Gesellschaft Nationalismus und Chauvinismus zu überwinden, denn schließlich war der Vorgänger dieser Ordnung der Faschismus gewesen. Das war ein höchst gravierender Umstand. „Die Massen des werktätigen Volkes“, so hat der bedeutende bulgarische marxistische Theoretiker, Arbeiterführer und Staatsmann Georgi Dimitroff gesagt, „muß man so nehmen, wie sie sind, und nicht so, wie wir sie uns wünschen.“ Bei uns waren das Menschen, die im faschistischen Staat gelebt, ihn zum erheblichen Teil sogar mitgetragen hatten.

Auch von daher war das Zustandekommen des Bündnisses der verschiedenen Klassen und Schichten, ihre Entwicklung zu sozialistischen Werktätigen, wahrlich eine Großtat. Denn viele von denen, auch in unserer Partei, an die 1945 der Ruf zur Schaffung antifaschistisch-demokratischer Verhältnisse ergangen war, waren tief von antikommunistischen Vorurteilen durchdrungen. Weithin waren sie befangen und verfangen in tausenderlei gewohnheitsmäßigen Bindungen, Auffassungen, Erfahrungen, Vorstellungen und Ideen, die der Erkenntnis und dem Erfassen gesellschaftlicher Zusammenhänge und geschichtlicher Wahrheiten zunächst im Wege standen. Wir wissen, daß selbst heute noch und sicher auch für manches kommende Jahr Gewohnheiten von Generation zu Generation weitergegeben werden, die der Herausbildung sozialistischer Normen des Zusammenlebens nicht förderlich sind, wie Egoismus, Ständedünkel und ähnliches. Erst Schritt für Schritt werden sie von den Erfahrungen des Lebens und Arbeitens im Sozialismus verdrängt werden.

Die Entwicklung sozialistischen Bewußtseins sowie die Gestaltung der neuen Gesellschaft war, ist und bleibt ein Wechselprozeß. Einerseits treten die Vorzüge des Sozialismus immer deutlicher zutage und fördern die Bildung eines festen und klaren sozialistischen Bewußtseins. Andererseits bringt dieses Bewußtsein jene Taten hervor, die nötig sind,

um die sozialistische Entwicklung weiter voran zu bringen.

2. In der DDR haben wir, und zwar bis 1961 bei offener Grenze, den Sozialismus in vorderster Linie, in unmittelbarer Nachbarschaft zum Imperialismus aufbauen müssen. Hinzu kam und kommt, daß unser westlicher Nachbar kein beliebiger imperialistischer Staat ist, sondern die BRD, eine starke ökonomische und militärische Kraft, die Hauptstütze der NATO in Europa. Zudem ist sie jener deutsche Staat, in dem gewisse Kräfte bis heute unentwegt den „Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937“ verkünden, daraus Gebietsforderungen ableiten und der DDR ihren völkerrechtlichen Status bestreiten. Von 1949 an gab es zahlreiche massive Versuche solcher Kräfte, die DDR durch Sabotage und Diversion zu schädigen. So lösten sie am 17. Juni 1953 einen konterrevolutionären Putsch in der DDR aus, als dessen Ziel der damalige Staatssekretär in der BRD-Regierung, Franz Thedieck, unumwunden die Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse bezeichnete. Solche Versuche, die DDR aus den Angeln zu heben, erreichten im Sommer 1961 einen Gipfelpunkt. Noch nie seit 1945 war der Friede in Europa bis dahin so gefährdet gewesen wie zu diesem Zeitpunkt. Am 13. August 1961 schließlich brachten die bewaffneten Organe der DDR in Abstimmung mit dem Warschauer Pakt die bisher offene Grenze zur BRD und zu Westberlin unter Kontrolle.

Erst das mußte geschehen, um zu erreichen, daß die DDR seitens der BRD überhaupt respektiert wurde. Ihre Haltung gegenüber der DDR wandelte sich. Es gab Gespräche und Kontakte, manche unhaltbaren Positionen wurden aufgegeben, und schließlich war auch der Weg frei zur Herstellung diplomatischer Beziehungen mit den meisten Ländern der Welt. Am 18. September 1973 wurde die DDR Mitglied der UNO.

3. In der DDR existiert eine politische Partei von Christen. Sie kommt aus antiimperialistischer und antifaschistischer Tradition und gestaltet von daher als eine Partei des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus die neue Gesellschaft mit. Sie geht von der Ideenverwandtschaft zwischen Christen und Marxisten im Blick auf die Ausformung einer friedlichen und sozial gerechten Ordnung unter den Menschen aus. So steht sie nicht in Konfrontation zur Macht der Arbeiter und Bauern, sondern sieht das ihr von christlicher Ethik her Gebotene in der Zusammenarbeit zum gemeinsamen Wohl. Sie bringt ihre Vorstellungen von der Gestaltung des Gemeinwesens in die Staats- und Gesellschaftspolitik ein, vertritt sie in Regierungsverantwortung und macht ihren Einfluß geltend, um Christen zur Mitarbeit am gemeinsamen Werk zu veranlassen.

4. Schließlich ist die DDR jener sozialistische Staat, dessen christlicher Bevölkerungsteil vorwiegend protestantischer Konfession ist. Das hat Bedeutung für die Beziehungen zwischen Staat und Kirchen, aber auch für das Gesellschaftsverständnis von Christen, denn es gibt ja im Protestantismus durchaus Unterschiede zu anderen Konfessionen in bezug auf die Einstellung zu gesellschaftlicher Verantwortung.

Vielfältige Formen der Zusammenarbeit

Den Verhältnissen in der DDR entspricht die Vielfalt der Erscheinungsformen des Zusammenwirkens der Kräfte im politischen, ökonomischen, kulturellen Leben unseres Landes. Doch in bestimmten Formen tritt dieses Zusammenwirken besonders deutlich zutage. Genannt seien die traditionellen Formen Demokratischer Block, Volksvertretungen und Nationale Front sowie die Beratungen des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED mit den Vorsitzenden der befreundeten Parteien und dem Präsidenten des Nationalrates der Nationalen Front der DDR, die es seit dem VIII. Parteitag der SED 1971 gibt.

Als Forum kameradschaftlicher Zusammenarbeit der Parteien und der bedeutendsten Massenorganisationen in der DDR ist der Demokratische Block Organisationsform des politischen Bündnisses. Er ist ein Gremium, in dem die zentralen wie territorialen Grundfragen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung, vor allem Entwürfe von Gesetzen, Beschlüssen und anderen staatlichen Dokumenten, beraten und Schritte zu ihrer Verwirklichung festgelegt werden. Ziel ist die Einigung auf gemeinsames Handeln der Blockpartner in diesen Fragen. Das wird erreicht durch das Prinzip, daß im Block Vereinbarungen nur einstimmig zustandekommen. Diese bewährte demokratische Regelung ist seit der Vereinbarung der politischen und organisatorischen Prinzipien des Demokratischen Blocks am 19. August 1949 unverändert beibehalten worden, ebenso wie der turnusmäßige Wechsel des Vorsitzes der Partner bei den Beratungen sowie die Teilnahme der gleichen Anzahl von Vertretern jeder der Parteien und Massenorganisationen.

Die Zusammensetzung des Blocks gibt die Gewähr, daß alle Klassen und Schichten der Bevölkerung dort ihre Interessenvertretung besitzen, und das nicht nur dann, wenn ihre Angehörigen zugleich auch Mitglieder einer Partei sind. Denn neben SED, DBD, LDPD, NDPD und unserer CDU gehören dem Block der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, die Freie Deut-

sche Jugend, der Demokratische Frauenbund Deutschlands, der Kulturbund der DDR und neuerdings auch die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe als sozialistische Massenorganisation der Genossenschaftsbauern und -gärtner an. So faßt der Block die politischen wie die sozialen Kräfte des Bündnisses zusammen und geht in seinen Festlegungen sowohl von den gemeinsamen Interessen der Partner an der Entwicklung von Staat und Gesellschaft wie auch von den spezifischen Anliegen der von ihnen vertretenen Klassen und Schichten aus.

Die Wirksamkeit des Blocks bildet somit eine entscheidende Voraussetzung für die Arbeit der Volksvertretungen wie auch der Nationalen Front der DDR. In der Entschließung des 9. Parteitages unserer CDU heißt es: „Die Christlich-Demokratische Union bekennt sich zur Politik des Demokratischen Blocks. In diesem Block verkörpert sich die Einmütigkeit des politischen Willens und Handelns aller demokratischen Kräfte in unserer Republik, die an der Seite der Arbeiterklasse und unter deren Führung den Sozialismus aufbauen. Die kameradschaftliche, gleichberechtigte und zielstrebige Zusammenarbeit der Blockparteien ist die beste Gewähr für die Sicherung unserer demokratischen Errungenschaften und für weitere gemeinsame Erfolge.“

In den Volksvertretungen – von der Volkskammer als dem einzigen verfassungs- und gesetzgebenden Organ der DDR bis zu den Gemeindevertretungen – verkörpert sich das soziale und politische Bündnis in der Ausübung der Macht im Staat. In den demokratisch gewählten Organen sind alle politischen Parteien und die bedeutendsten Massenorganisationen vertreten. Von daher sowie aufgrund ihrer sozialen Zusammensetzung aus Angehörigen aller Klassen und Schichten sind sie Ausdruck der Volkssouveränität und politisch-staatliche Form des Bündnisses. Als staatliche Machtorgane bilden sie die leitenden Organe des Staatsapparates. In ihren Entscheidungen nicht – wie bürgerliche Parlamente – durch die Gewaltenteilung mit Regierung und Justiz geschmälert, sondern mit allen Befugnissen ausgestattet, setzen sie durch Gesetze und Beschlüsse der gesellschaftlichen Entwicklung das Ziel, legen verbindlich die dazu notwendigen Aufgaben fest, garantieren und kontrollieren ihre Verwirklichung.

Die Verfassung verpflichtet sie zu ständiger enger Verbindung mit den Wählern und zu deren unmittelbarer Einbeziehung in die Vorbereitung, Durchführung und Kontrolle staatlicher Entscheidungen sowie dazu, den Bürgern die Politik des sozialistischen Staates zu erläutern. Dies realisieren sie durch die Arbeit der Abgeordneten, der Ausschüsse und Kom-

missionen, die Tätigkeit der Räte und durch enge Zusammenarbeit mit der Nationalen Front der DDR. Sie stehen also nicht über dem Volk, handeln nicht an dessen Stelle, sondern in seinem Auftrag, bleiben ihm deshalb auch nach der Wahl ständig rechenschaftspflichtig und verantwortlich. Die Festigung des Bündnisses und die Stärkung der politisch-moralischen Einheit des Volkes zählt das neue Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen in der DDR zu deren Grundpflichten.

Umfassende Volksbewegung

Als sozialistische Volksbewegung ist die Nationale Front der DDR die breiteste, umfassendste Form, in der sich das Bündnis darstellt und in der es wirkt. Als Zusammenschluß aller patriotischen und demokratischen Kräfte hat sie sich herausgebildet. Nach der Gründung der DDR wurde sie zu einer umfassenden politischen Massenbewegung. „Das Bündnis aller Kräfte des Volkes findet in der Nationalen Front der Deutschen Demokratischen Republik seinen organisierten Ausdruck“, heißt es in der Verfassung der DDR.

Träger der Nationalen Front sind die Parteien und Massenorganisationen. Ferner wirkt eine große Anzahl von Vereinigungen, Gesellschaften und Verbänden in ihr mit. Das Grundprinzip der Nationalen Front ist es, jedem Bürger, welches auch seine soziale Herkunft und Stellung, seine weltanschauliche oder religiöse Überzeugung sei, die Möglichkeit zu geben, direkt an der Gesellschaftsgestaltung mitzuwirken nach dem Verfassungsgrundsatz, daß jeder Verantwortung für das Ganze trägt. Das geschieht in den verschiedensten Formen. Beachtliches leisten Wohnbezirksausschüsse und Hausgemeinschaften zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung und zur Gestaltung eines vielseitigen geistig-kulturellen und sportlichen Lebens.

Eine entscheidende Funktion übt die Nationale Front als Träger der Wahlen zur Volkskammer und zu den örtlichen Volksvertretungen aus. Wahlen in unserem Land sind seit Gründung der DDR stets ein besonders markanter Ausdruck des sozialen und politischen Bündnisses. Die Nationale Front stellt den von den Parteien und Massenorganisationen gemeinsam erarbeiteten Wahlauftrag, in dem die wichtigsten Ziele der Staats- und Gesellschaftspolitik der kommenden Wahlperiode zusammengefaßt sind, zur Diskussion in der Volkssaussprache vor den Wahlen.

Ausdruck des politischen Bündnisses sind die Wahlen nicht zuletzt deshalb, weil die Mandatsträger, also die Parteien und

die dem Demokratischen Block angehörenden Massenorganisationen, ihre Kandidatenvorschläge in einem gemeinsamen Wahlvorschlag der Nationalen Front vereinigen. Der gemeinsame Wahlvorschlag ist nichts anderes als eine der Konsequenzen daraus, daß die Grundinteressen aller von den Parteien und Massenorganisationen repräsentierten Klassen und Schichten des Volkes übereinstimmen, daß sie gemeinsames Handeln aller politischen Kräfte für Frieden und soziale Sicherheit erfordern.

Unseren Standpunkt dazu hat Otto Nuschke bereits auf dem 5. Parteitag, also im Jahre 1950, dargelegt. Er erklärte: „Nun wissen Sie, liebe Freunde, daß wir uns in der DDR mit allen Parteien und Organisationen verständigt haben, den Wahlkampf gemeinsam zu führen mit einheitlichem Wahlprogramm und gemeinschaftlicher Wahlliste. Wie notwendig und wichtig dieser Entschluß war, geht aus der Tatsache hervor, daß gerade hier die amerikanische Propaganda einsetzt. Ihre hörigen Rundfunksender, ihre abhängigen Parteien und Gazetten lassen sie besonders auf dieser Frage herumreiten. Das ist der klarste Beweis dafür, daß dieser unser Entschluß richtig und notwendig war und daß er die Absichten des Westens unmöglich macht, uns durch einen Wahlkampf alten Stiles zu spalten und unsere Aufbauarbeit damit zu zerstören. Die dräuende Kriegsgefahr von außen und die unbedingte Notwendigkeit, die Kontinuität und Stabilität unserer Wirtschaftspolitik nach dem Osten auch vor der kleinsten Erschütterung zu bewahren, läßt es als selbstverständliches deutsches Interesse erscheinen, daß wir den Wahlkampf gemeinsam führen.“

Die gemeinsame Liste zu den Wahlen ist jedoch kein Ausweis dafür, daß es in der Arbeit der gewählten Organe keine spezifischen Interessen und keine Meinungsverschiedenheiten der Partner gäbe. Natürlich treten sie auf. Doch halten wir es nicht für angebracht, sie zur Vermittlung des Eindrucks parlamentarischer Geschäftigkeit in gewaltigen Redeschlachten auszutragen, sondern klären sie in sachlicher Diskussion in den Ausschüssen der Volkskammer und den Kommissionen der örtlichen Volksvertretungen bis zum Zustandekommen eines gemeinsamen Standpunktes, der dann im Plenum gemeinsam vertreten wird.

Die Beratungen des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED mit den Vorsitzenden der befreundeten Parteien haben sich als eine neue Form der Zusammenarbeit, als Foren der Erörterung grundsätzlicher und aktueller politischer Probleme, des Austausches von Erfahrungen über die zweckmäßigsten Formen und Methoden des gemeinsamen Kampfes längst aufs beste bewährt. Zudem geben sie Gelegenheit, an-

stehende Fragen direkt zu besprechen, Meinungen darüber auszutauschen und, wenn nötig, Entscheidungen sofort gemeinsam zu treffen. „Es gibt keine innen- und außenpolitische Frage von Gewicht, die nicht mit den Vorsitzenden der uns befreundeten Parteien und dem Präsidenten des Nationalrats der Nationalen Front der DDR eingehend erörtert wird, um so unter Führung der Partei der Arbeiterklasse gemeinsame Schlußfolgerungen zu ihrer Verwirklichung zu ziehen“, erklärte Erich Honecker vor der 9. Tagung des Zentralkomitees der SED 1985.

IV.

Zum Wesen des Bündnisses gehört der gegenseitige Respekt vor der unverwechselbaren Eigenart der Partner, vor den Unterschieden in Herkunft, in Erfahrungen, in Anschauungen. Es hat sich erwiesen, daß Zusammenarbeit von Christen und Marxisten keineswegs bedeutet, daß einer vom anderen verlangt, seine Grundüberzeugungen aufzugeben. Ebensowenig kann es darum gehen, unaufhebbare Differenzen in erkenntnistheoretischen Fragen auflösen zu wollen. Für uns Christen ist es von besonderer Bedeutung, daß sich im Laufe der Zeit immer klarer herausstellte, daß es sehr gewichtige Bereiche gibt, in denen Übereinstimmung zwischen Christen und Marxisten besteht: Sorge und Eintreten für Frieden, Brüderlichkeit und Solidarität.

Beide Partner wissen, daß die Scheidelinie in der Welt nicht zwischen Marxismus und Christentum verläuft, sondern zwischen den Kräften des Friedens und denen, die noch immer versuchen, die Weltprobleme mit kriegerischen Mitteln zu lösen. Das macht Christen und Marxisten zu Kampfgefährten in gemeinsamer Weltverantwortung.

Unsere marxistischen Freunde sehen das genauso. „Bereits vor Jahrzehnten haben sie, die fortschrittlichen christlichen Demokraten, alle Hoffnungen reaktionärer Kräfte beendet, aus dem weltanschaulichen Unterschied zwischen Christen und Marxisten einen politischen Gegensatz formen zu wollen. Erwiesen wurde vielmehr durch unsere Wirklichkeit und durch unser Bündnis, daß sich auf der Grundlage sozialistischer Produktions-, Gesellschafts- und Machtverhältnisse die Eigenart und Eigenständigkeit des Wirkens christlicher Bürger wie ihrer politischen Partei umfassend entfalten und auszeichnen zur Geltung gelangen können.“ Dies erklärte Joachim Herrmann, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED, auf der Festveranstaltung zum 40. Jahrestag der Gründung unserer Partei.

Insofern erweist sich die im Sozialismus praktizierte Bündnispolitik zugleich als eine ganz wesentliche Komponente des Humanismus. Unter dem Dach gemeinsamer Grundinteressen leben Partner zusammen, deren Auffassung über das, was Natur und Gesellschaft bewegt, über die Entstehung menschlicher Existenz, deren Weltanschauung also, keineswegs konform ist.

Es ist von weittragender Bedeutung, daß es gelang, der jungen Generation, die dies als Selbstverständlichkeit hinnimmt, das wahrhaft Außergewöhnliche ins Bewußtsein zu rufen, das darin liegt. Weltanschaulich völlig unterschiedliche Menschen

und Menschengruppen können Partner werden, die die Ansichten und Motive des jeweils anderen nicht zähneknirschend hinnehmen, sondern sie respektieren, ohne auf ihre eigenen Anschauungen und Beweggründe zu verzichten. Man soll sich nicht täuschen. Das zustandezubringen war weder einfach noch per Dekret zu erledigen. Beiderseits bedurfte es eines gewaltigen Umdenkprozesses. Am kompliziertesten war er natürlich dort, wo die geistigen Unterschiede am gravierendsten sind – zwischen Christen und Marxisten.

„Daß wir, Kommunisten und Christen, bei uns schon viele Jahre, länger als eine Generation, miteinander reden und zusammen tätig sind, so als ob es nie anders gewesen ist, daß wir daran gewöhnt sind, als ob es das Gewöhnlichste wäre, – also ich kann es trotz aller Alltäglichkeit noch immer nicht ohne innere Bewegung bedenken“, hat Werner Lamberg, bis zu seinem Tode Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED, 1975 in einem Vortrag in unserer Zentralen Schulungsstätte gesagt. Zugleich hat er darauf hingewiesen, welch äußerstes Maß an Selbstzucht und Vergebung, an revolutionärer Einsicht und Disziplin das einem in der Hitlerzeit verfolgten und verfeimten Marxisten abverlangte. Schließlich hatten viele Christen nicht gerade in der letzten Reihe derer gestanden, von denen sie verfolgt und verfeimt worden waren.

Christen ist die Zusammenarbeit mit Marxisten von Anfang an noch viel weniger eine Selbstverständlichkeit gewesen. Viele von uns Älteren sind in der Vorstellung aufgewachsen, Kommunismus sei eben das Gespenst, das in Europa umgehe. Christen, die gegen den klerikalen Antisozialismus aufstanden, wie Ende des vergangenen Jahrhunderts etwa Christoph Blumhardt d. J. oder dann Emil Fuchs, der Kölner Pfarrer Georg Fritze, der Stuttgarter Geistliche Erwin Eckert und Gruppen wie die Religiösen Sozialisten, waren Rufer in der Wüste. Und was die Christen angeht, die im Widerstand gegen Hitler und sein Regime Gut und Leben einsetzten, so hatten sie Solidarität von ihren marxistischen Kameraden im Konzentrationslager viel mehr erfahren als von manchen ihrer Mitchristen, die sich in Freiheit befanden. „Es war für mich eine der bittersten Enttäuschungen meines Lebens, daß ich für meinen aktiven Kampf gegen den Nationalsozialismus nicht nur geringes Verständnis, sondern aus eigenen Reihen fortwährend Mißdeutung und Anfeindung erfuhr“, schrieb der katholische Pastor Karl Fischer, bis zu seinem Tode 1972 Hauptvorstandsmitglied unserer Partei. Und die evangelischen Kirchen hatten seinerzeit abgelehnt, Fürbitte für Dietrich Bonhoeffer zu leisten.

Es ist gewiß ein bleibendes Verdienst unserer Partei, unseren Mitchristen immer wieder durch Wort und Beispiel in das Bündnis vorangegangen zu sein. Dabei haben wir unseren marxistischen Freunden stets tiefen Respekt vor ihrer wirklich mit schwersten Opfern an Leib und Leben vertretenen weltanschaulichen Auffassung bezeugt, und von ihnen haben wir Respekt erfahren, Achtung vor unserer Glaubenshaltung, vor unseren Traditionen, Anliegen und Motivationen.

Ihren spezifischen Beitrag zum Bündnis, das sei hier noch einmal betont, leistet die CDU dadurch, daß sie ihre Ideen, Vorstellungen und Gedanken in die Staats- und Gesellschaftspolitik einbringt. Das trägt wesentlich dazu bei, daß Christen die DDR nicht nur als geographische, sondern auch als politisch-gesellschaftliche Heimat annehmen und daß sie sich von daher motiviert fühlen, sie durch ihre eigene Arbeit mitzugestalten. Es ist ja eine alte Weisheit: Was man selbst mitgeschaffen hat, das wird einem innerlich zum Eigentum.

Wenngleich das, was die DDR heute prägt, das Gemeinschaftswerk aller demokratischen Kräfte ist und es nicht entscheidend ist, wer wozu im einzelnen den Anstoß gegeben hat, so finden sich genug Anzeichen dafür, daß dabei vieles erreicht wurde, was im ureigensten Interesse der Christen liegt. Vor allem sind das Werte, wie sie in der Staatspolitik als Friedensstreben und Gewährleistung der Würde des Menschen, in der Gesellschaftspolitik als Füreinander und Miteinander zum Ausdruck kommen. Doch das ist nicht alles. An der Gesetzgebung haben wir mitgewirkt und waren stets darauf bedacht, daß die Gesetze unseres Staates für Christen praktikabel sind, daß sie sie guten Gewissens mitvollziehen können. Das beginnt bei der Verfassung, die die Freiheit nicht nur des Glaubens und Gewissens verbürgt, sondern auch die des religiösen Bekenntnisses.

Unsere Kirchen sind frei in ihrem Zeugnis und in ihrer Verkündigung. Ihre Ordnungen bestimmen sie im Rahmen der Verfassung und der Gesetze selbst. In ihrem vielfältigen diakonischen Dienst erfahren sie wirksame staatliche Unterstützung. Allenthalben in Neubaugebieten entstehen neue Kirchen und Gemeindezentren. Kirchliche Sendungen haben ihren festen Platz in Rundfunk- und Fernsehprogrammen. Jeder zehnte in der DDR erscheinende Buchtitel zählt zur christlichen Literatur. Gemeinsam mit allen anderen Auffassungen und Richtungen humanistischer Kunst weist sozialistische Kultur die Werke und Werte christlichen Kunstschaffens aller Zeiten auf.

Dem kirchlichen und christlichen Lebensverständnis ist es ebenfalls gewiß nicht unwichtig, daß es – um nur einiges zu nennen – in der DDR eine diesem Verständnis sehr weitgehend entsprechende Feiertagsregelung gibt, daß das Beichtgeheimnis garantiert und religiöse Unterweisung möglich ist, daß der Staat in vorbildlicher Weise Ehe, Familie und Mutterschaft schützt. Allen jungen Menschen, gleich welcher Weltanschauung oder Glaubensrichtung, bietet das sozialistische Bildungswesen – vom Kindergarten bis zur Universität – die Möglichkeit, umfassend gebildete, lebensstüchtige Menschen zu werden.

Bündnisverantwortung der CDU – das heißt vor allem, von christlicher Ethik her der gesellschaftlichen Entwicklung das beizugeben, was dem Frieden dient und was allen Mitbürgern ein Dasein ermöglicht, wie es eines Menschen würdig ist. Eine solche Gesellschaft kann sicher sein, daß wir sie gemeinsam mit allen unseren Mitbürgern als unsere Gesellschaft gestalten, bewahren und schützen, denn wir finden darin sehr wesentlich das, was wir gesellschaftlich erstreben. Daraus erwachsen die Motive zur Mitarbeit der nunmehr 131 000 Mitglieder der CDU in allen Bereichen von Staat und Gesellschaft, in Beruf und Territorium. Tausende von ihnen stehen in hoher Verantwortung, viele als Leiter von Betrieben und Einrichtungen, von Schulen und Kliniken, von wissenschaftlichen und kulturellen Kollektiven. Rund 22 000 Mitglieder arbeiten in Volksvertretungen mit, etwa 1 000 sind Mitglieder ihrer Räte. 22 500 Unionsfreunde sind unmittelbar in der Nationalen Front tätig.

Wir ermutigen und motivieren vor allem unsere zahlreichen jungen Unionsfreunde zu immer höherer beruflicher und gesellschaftlicher Qualifizierung, weil wir der Überzeugung sind, daß weder Fachzeugnis noch politische Haltung durch das Mitgliedsbuch ersetzt werden kann, wenn es darum geht, Funktionen in Staat, Wirtschaft, Wissenschaft, Volksbildung, Kultur und anderen Bereichen einzunehmen.

Die Vorstände unserer CDU bereichern das politische Leben der DDR ständig durch ihre Mitarbeit in Beruf und Gesellschaft, durch Vorschläge, Gesetzesinitiativen und Anregungen zur Entwicklung auf den verschiedensten Gebieten. Erinnerung sei nur an die rund 10 000 Vorschläge, Studien und Konzeptionen für langfristige Entwicklungen auf den unterschiedlichsten Gebieten, die CDU-Vorstände allein seit dem 14. Parteitag 1977 vorgelegt haben. In zentralen und regionalen Festlegungen und Beschlüssen finden sie sich wieder, allein in etwa 100 Gesetzen, Verordnungen und sonstigen Rechtsnormen. Diesen Bereich unserer Parteiarbeit betrach-

ten wir ebenfalls als ein ganz wesentliches Stück unserer Bündnisverantwortung, das die tägliche Einflußnahme unserer Abgeordneten, anderer Staatsfunktionäre und weiterer Mitglieder auf das gesellschaftliche Leben ergänzt.

In der Tat hat sich im Laufe der Entwicklung vollauf bestätigt, was bereits unser 6. Parteitag 1952 feststellte, daß nämlich „die christlichen Menschen eine große und entscheidende Kraft darstellen, wenn sie ihrem Glauben getreu in Liebe zum Nächsten für die Interessen ihres Volkes eintreten und die Entwicklung zum Wohlstand, zum Glück und zum Frieden der Völker mit allen Kräften fördern.“

Das Bündnis hat neuen Verhältnissen auch in der Christengemeinde den Weg geebnet. In der Vergangenheit war sie wie die gesamte Gesellschaft von Gegensätzen durchzogen, die aus entgegengesetzten Klasseninteressen herrührten. Denn die Spaltung der Gesellschaft in einander feindlich gegenüberstehende Klassen hat ja nie an der Kirchentür aufgehört. Im Gegenteil – im Gottesdienst saßen Fürst und Untertan, Gutsherr und Gesinde keineswegs auf der gleichen Kirchenbank. Die Geschichte lehrt, daß die offiziellen Kirchen die Politik der herrschenden Klassen stützten und revolutionären Veränderungen zugunsten der Ausgebeuteten zähen Widerstand entgegensetzten.

Im Sozialismus hingegen sind die Glieder der Christengemeinde allesamt frei von Ausbeutung und Unterdrückung, sind sie Verbündete im Ringen um Frieden und Brüderlichkeit, im Eintreten für ein glückliches Leben der gesamten Gesellschaft und jedes einzelnen. Kein Christ, kein kirchlicher Amtsträger wird jemals für die Rechtfertigung gesellschaftlicher Zustände oder politischer Programme in Anspruch genommen, die christlicher Ethik widersprechen, also etwa Aggression gegen andere Völker, Rassenhaß, Gegensätze zwischen arm und reich. Die Möglichkeit, Zeugnis und Dienst in dieser Freiheit zu leisten, hatte die sozialökonomischen Veränderungen, wie sie sich in unserer Gesellschaft vollzogen haben, zur Voraussetzung. Diese Veränderungen aber sind die Frucht des breiten Bündnisses aller Kräfte des Friedens und des Humanismus, das somit auch kirchlichem Leben zugute kommt.

Die Mitarbeit der CDU und ihrer Mitglieder im Bündnis hat dabei eine wichtige Rolle gespielt, was von kirchlicher Seite je länger je mehr gewürdigt wird. So heißt es in der Grußadresse des damaligen Landesbischofs D. Ingo Braecklein an die Bezirksdelegiertenkonferenz der CDU Erfurt im Juni 1975: „Die Christlich-Demokratische Union hat ihre selbstgesetzte Aufgabe in zäher, unbeirrbarer Arbeit treulich und gewissenhaft erfüllt. Sie hat vielen Christen geholfen, ihren Platz in der werdenden sozialistischen Gesellschaft zu finden. Wenn heute auf allen Ebenen des politischen und gesellschaftlichen Lebens christliche Bürger gleichberechtigt und gleichverpflichtet verantwortungsbewußt mitarbeiten, so ist dies nicht zum geringsten Teil das Verdienst und Ergebnis des unermüdligen Wirkens Ihrer Partei. Die Christlich-Demokratische Union hat bei den Christen in unserem Staat Verständnis für die Politik und die Strukturen des sozialisti-

schen Staates geweckt und damit zur Konsolidierung der Deutschen Demokratischen Republik beigetragen. Dafür Ihnen an einem solchen Tage, der auch dem Rückblick gewidmet ist, zu danken, ist mir wichtig.“

Doch nicht nur der Gestaltung der Staatspolitik kommt unsere politische Arbeit zugute. Konsistorialpräsident Manfred Stolpe, stellvertretender Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, hat die Haltung von Mitgliedern der CDU einmal so beschrieben: „Mitarbeitend, mitschaffend und mitdenkend sind Christen im Sozialismus eine unübersehbare und unersetzbare Realität, lange bevor Kirche zu Entscheidungen kommt.“ In der Tat haben zahlreiche Theologen, Synodale, Mitglieder anderer kirchlicher Räte und viele weitere Freunde aus den Reihen unserer Partei kirchliches Leben mit Denkanstößen zu gesellschaftlichen Fragen bereichert und so den Lernprozeß ihrer Kirchen auf dem Wege zu Kirchen im Sozialismus begleitet. Generalsuperintendent Reinhardt Richter erklärte auf der Bezirksdelegiertenkonferenz Cottbus der CDU im Juni 1985: „Sie haben mich zu dieser Delegiertenkonferenz eingeladen, und ich freue mich, einer ganzen Reihe von Ihnen zu begegnen, die ich bei meinen Besuchen in den Kirchengemeinden schon gesehen habe. Lassen Sie mich die Gelegenheit, daß ich das zu Ihnen sagen darf, ergreifen, um Ihnen dafür zu danken, Sie haben alle einen begrenzten Freizeitfonds. Sie könnten gut sagen: ‚Ich habe in der CDU mein Engagement‘ – und Sie arbeiten doch auch als Älteste in den Gemeindegruppen überall mit... Daß Sie sich so in Anspruch nehmen lassen – dafür meinen herzlichsten Dank.“

Erst im Lichte der früheren Rolle der Kirchen in Deutschland wird recht deutlich, wie weit der Weg zu „Kirche im Sozialismus“ war und wie viele Steine da zu überwinden waren, bis er zu dieser Positionsbestimmung führen konnte. Gewiß, bei vielen Christen war noch vor dem verhängnisvollen Ende 1945 die Erkenntnis erwachsen, daß dieser unheilvolle Weg verlassen werden mußte. Doch diese Erkenntnis war das eine. Das andere, viel wichtigere, war das „Wo hin?“.

Das politische Bündnis aller Partner und die fruchtbare Zusammenarbeit von Christen und Marxisten haben darauf eine Antwort gegeben; und dies hat auch die Staatspolitik gegenüber den Kirchen geprägt. Das zeigt die Verfassung von 1949 ebenso wie die erste Regierungserklärung Otto Grotewohls mit dem Satz: „Die Regierung wird die verfassungsmäßig garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährleisten.“ Paul Verner, seinerzeit Mitglied des Politbüros

und Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, konnte 1971 auf einer Tagung unserer Partei feststellen: „Es hat zwar eine Verpreußung der evangelischen Kirchen und eine nationalistische, ja sogar faschistische Verfälschung der christlichen Botschaft gegeben – eine ‚Sozialisierung‘ der christlichen Lehre hat es bisher nicht gegeben und wird es auch in Zukunft nicht geben.“

Die Staatspolitik in Kirchenfragen hat sich in diesem Sinne durch die Jahrzehnte fortgesetzt. „Das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus sind keine Gegensätze“, heißt es in der programmatischen Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, vor der Volkskammer am 4. Oktober 1960. Es folgte sein Gespräch am 9. Februar 1961 mit Prof. em. D. Emil Fuchs. Dem Gespräch wohnten seitens der CDU bei Gerald Götting, die Hauptvorstandsmitglieder Pastor Karl Fischer und der Organist Prof. Johannes-Ernst Köhler sowie die Theologen Prof. Dr. Kurt Wiesner, Dr. Hans-Hinrich Jenssen, Pfarrer Oelze und Pfarrer Rüther. Gesprächsteilnehmer waren außerdem Superintendent Falk und Prediger Wetzig.

Historische Begegnung

Von normativer Bedeutung für die Gestaltung der Beziehungen der evangelischen Kirchen zum sozialistischen Staat sind die Aussagen im Gespräch des Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honecker, am 6. März 1978 mit dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR unter Leitung seines Vorsitzenden, Bischof D. Dr. Albrecht Schönherr. Zu den Gesprächsteilnehmern zählten auch SED-Politbüromitglied Paul Verner und das Mitglied des Präsidiums des CDU-Hauptvorstandes Hermann Kalb, Stellvertreter des Staatssekretärs für Kirchenfragen. Der Staatsratsvorsitzende erinnerte an seine Erklärung am 29. Oktober 1976 vor der Volkskammer, daß unsere sozialistische Gesellschaft jedem Bürger, unabhängig von Alter und Geschlecht, Weltanschauung und religiösem Bekenntnis, Sicherheit und Geborgenheit bietet. Sie gibt ihm eine klare Perspektive und die Möglichkeit, an der Zukunft mitzubauen, seine Fähigkeiten und Talente, seine Persönlichkeit voll zu entfalten. Erich Honecker betonte, daß die Gleichberechtigung und Gleichachtung aller Bürger, ihre uneingeschränkte Einbeziehung in die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft eine Norm darstelle, welche die zwischenmenschlichen Beziehungen prägt und für alle verbindlich ist. Dementsprechend stehe

in der DDR jedem Bürger, gerade auch jedem Jugendlichen, der Weg zu hoher Bildung, beruflicher Ausbildung und Entwicklung offen.

Innerepolitisch verfolge die DDR unbeirrbar den Kurs des Wachstums, des Wohlstands und der Stabilität weiter. Vorrangiges Bestreben sei es, daß die Menschen unseres Landes in Frieden leben können und ihnen die Früchte ihres Fleißes sowohl in materieller als auch in kultureller Hinsicht zugutekommen. „Den Kirchen als Kirchen im Sozialismus eröffnen sich heute und künftig viele Möglichkeiten des Mitwirkens an diesen zutiefst humanistischen Zielen. Wir gehen von der Beteiligung aller Bürger am Werk des Sozialismus aus, das im gesellschaftlichen wie im individuellen Interesse liegt.“

Von diesem Geist waren ebenfalls die Begegnungen Erich Honeckers am 15. Januar 1981 mit Bischof Gerhard Schaffran als Vorsitzenden der katholischen Berliner Bischofskonferenz und am 11. Februar 1985 mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. Johannes Hempel, getragen.

Der Weg der Kirchen zum Gespräch vom 6. März 1978 war nicht frei von Widersprüchen, ehe er zu den heutigen Positionen führte. Einerseits hatte es klare Einsichten in die Situation gegeben, wie die Zustimmung zur Bodenreform und zur Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher. (Beispielsweise hatte die „Schweriner Volkszeitung“ am 14. Oktober 1945 gemeldet, daß die Aufteilung der 64 Güter im Kreise Malchin überall in Anwesenheit von Vertretern der Kirche erfolgt war.) Andererseits kamen rückwärtsgewandte Bestrebungen auf, wurde von Kirchenführern die Legitimität der DDR infrage gestellt. Hinwendung zur neuen Gesellschaftsordnung stand neben verbissenem Konservatismus. Dem Neuen aufgeschlossene Amtsträger wurden von reaktionären bekämpft.

Gewisse Klarheit schuf in der evangelischen Kirche erst die Erklärung vom 21. Juli 1958 über Verhandlungen zwischen der Regierung der DDR mit Ministerpräsident Otto Grotewohl an der Spitze und Vertretern der evangelischen Kirchen in der DDR unter Leitung der Bischöfe Mitzenheim und Krummacher. Ein Kernsatz dieses Dokuments lautete: „Die Vertreter der evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik erklären, daß die Kirche mit den ihr gegebenen Mitteln dem Frieden zwischen den Völkern dient und daher auch grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regierung übereinstimmt. Ihrem Glauben entsprechend erfüllen die Christen ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzlichkeit. Sie respektieren die Entwicklung zum So-

zialismus und tragen zum friedlichen Aufbau des Volkslebens bei.“

Es waren die sich festigende Überzeugung von der Ehrlichkeit und Verlässlichkeit der Staatspolitik in Kirchenfragen und die staatsbürgerliche Entscheidung des Kirchenvolkes, die die Kirchenleitungen und Synoden zu einem immer weiter fortschreitenden Prozeß des Lernens (wie die evangelischen Kirchen es nennen), der Klärung und der Selbstbesinnung veranlaßten. Immer mehr Geistliche und Theologen fanden zu der Einsicht, daß ihre Verantwortung gegenüber den Gemeindegliedern es verlangt, sich um ein verlässliches Bild von ihrer politisch-geistigen Umwelt zu bemühen.

Kirchenmännern wie vor allem dem bereits erwähnten thüringischen Landesbischof D. Moritz Mitzenheim, Ehrenmitglied der CDU, ist es zu danken, daß dieser Prozeß in Gang gekommen war und sichtliche Fortschritte machte. Es war das klärende Wort dieses Bischofs, daß die Staatsgrenzen der DDR zugleich die Grenzen für die kirchlichen Organisationsmöglichkeiten bilden, das 1969 den letzten Anstoß zur Bildung des „Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR“ gab. Damit lösten sich die evangelischen Landeskirchen aus dem bis dahin bestehenden Verbund mit den evangelischen Kirchen der BRD. Dann konnte auf der Bundessynode 1971 das Wort gesprochen werden: „Wir wollen Kirche nicht neben, nicht gegen, sondern wir wollen Kirche im Sozialismus sein.“

Die katholische Kirche hat sich bemüht, im Laufe der Jahre in ihrem Verhältnis zu unserem Staat gegenseitiges Verständnis und einvernehmliche Regelungen zu erreichen. Und als Bischof Dr. Joachim Wanke im Sommer 1984 auf einer Wallfahrt sagte: „Wir leben als Christen mit allen Pflichten und Rechten gern hier in diesem schönen Land, in unserer Heimat“, da hat er allgemeine Zustimmung gefunden.

Die meisten der anderen in der DDR bestehenden Religionsgemeinschaften haben ihre Gemeindeglieder von Anfang an zur Wahrnehmung staatsbürgerlicher Verantwortung angehalten. Sie wußten es immer zu schätzen, daß sie in der DDR gleichberechtigt und gleichgeachtet wirken können — viele erstmalig seit ihrem Bestehen.

In dem erwähnten Gespräch vom 6. März 1978 hat Bischof D. Dr. Schönherr erklärt, „es gehe beiden Seiten, je von ihren Voraussetzungen aus, um die Verantwortung für die gleiche Welt und für den gleichen Menschen.“ Das beweist die weitgehende Übereinstimmung unserer Kirchen mit der Staats- und Gesellschaftspolitik in Fragen des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität.

In den Reihen der CDU fanden seit nunmehr vierzig Jahren bereits mehrere Generationen von Christen den Weg zum sozialistischen Staatsbürger. Gemeinsam mit Marxisten und anderen Humanisten haben sie Staat und Gesellschaft mitgestaltet, haben sie bewiesen, daß Christen keineswegs „Leute von gestern“ sein müssen. Sie haben Eigenständiges und Unverzichtbares zum Bau und zur Entwicklung des Sozialismus beigetragen. Das war, ist und bleibt unser Anteil am Bündnis der sozialen und politischen Kräfte. Unverwechselbar ist die Handschrift, mit der wir christlichen Demokraten uns in das Buch der Geschichte der DDR eingetragen haben.

„Auch und erst recht künftig braucht unsere Republik eine politische Partei christlicher Bürger, die sich als eine Partei des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus versteht und um der Sache willen immer aufs neue bewährt“, erklärte Joachim Herrmann auf der bereits erwähnten Kundgebung zum 40. Gründungstag der CDU. Und unser Parteivorsitzender sagte auf dieser Veranstaltung: „Die schöpferische Mitarbeit der christlichen Demokraten ist ein Wesensmerkmal sozialistischer Demokratie im deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat. Dabei stehen wir fest an der Seite der Partei der Arbeiterklasse, der führenden Partei im festen Bund aller gesellschaftlichen Kräfte in der DDR. Gemeinsam arbeiten wir für das Wohl des Menschen, für das Glück des Volkes, für eine Welt ohne Krieg. In diesem festen Bündnis haben wir christlichen Demokraten seit nunmehr 40 Jahren die Geschichte unseres Landes mitgeschrieben. Wir sind der Sozialistischen Einheitspartei, ihrem Zentralkomitee und seinem Generalsekretär Erich Honecker dankbar für das Vertrauen, das uns entgegengebracht wird, und für die schöpferische Zusammenarbeit. Wir danken allen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen für die kameradschaftliche Gemeinsamkeit, die uns im Demokratischen Block und in der Nationalen Front der DDR miteinander verbindet. Die Partei der Arbeiterklasse und alle anderen demokratischen Kräfte werden sich auch künftig auf uns christliche Demokraten als tatbereite Bündnispartner verlassen können!“

In der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ erschienen zuletzt:

- 218 Helmut Lück, Vancouver 1983 – Zum Ertrag der VI. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen
- 219 Wolfgang Hanke, Kirchenmusik in der DDR – Eine erste Bestandsaufnahme
- 220 Wolfgang Heyl, Erhalten und gestalten – Zu einigen gesellschaftlichen Aspekten der Landeskultur
- 221 Gerald Götting, Martin Niemöller – Kämpfer gegen den Faschismus, Kämpfer für den Frieden
- 222 Hertha Jung, Familie im Sozialismus – Gesellschaftliche Geborgenheit und eigenverantwortliche Gestaltung
- 223 Ilse Bertinetti, Bekenntnis und Entscheidung – 50 Jahre Theologische Erklärung von Barmen
- 224 Günter Wirth, Nachfolge und Engagement – Zum 110. Geburtstag von Emil Fuchs
- 225 Gerald Götting, Christen im sozialistischen deutschen Staat – Bilanz und Ausblick zum 35. Gründungstag der DDR
- 226 Gerald Götting, 40 Jahre CDU – Geschehnisse und Erkenntnisse aus vier Jahrzehnten Parteigeschichte
- 227 Wolfgang Heyl, Für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – Zehn Jahre Schlußakte der Konferenz von Helsinki
- 229/ 230 Gerhard Fischer, Die Hugenotten in Berlin – Zum 300. Jahrestag des Edikts von Potsdam und zum 750jährigen Bestehen Berlins
- 231 Gerald Götting, 40 Jahre Vereinte Nationen – Bilanz und Ausblick

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB) Berlin
